# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926 | Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. | Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4089a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 109. | Sonnabend, den 12 Mai 1906. | 13. Jahrg.


Hierzu eine Beilage.

## Bülow hilf!

Iv. Auf diese kurze Beschwörungsformel läßt sich der nach der zweiten Lesung der preußischen Schulvorlage in der Kommission fällige Artikel des freiherrlichen Schulintriganten Oktavio v. Zedlitz im Scherlschen „Tag“ zurückführen. Dieser unermüdliche Manager der preußischen Schulkompromisselei, der durch zahllose Artikel das brüchige Wrack des Schulgesetzes durch die unzähligen Klippen der Kulissen- und Parlamentspolitik hindurchzusteuern versuchte, hier gut zuredete, dort drohte und an einer dritten Stelle neue Wege der „Verständigung“ aufzufinden bestrebt war, sieht jetzt sein teures Wrack geradeswegs auf eine bösartige Klippe zutreiben. Rechts müßt ihr steuern! hallt sein Schrei nach den Nationalliberalen hinüber. Diese aber sind teils verärgert, weil ihre bisherige Liebesmühe umsonst war, teils sind sie außerordentlich vergnügt, daß sie vielleicht noch mit einem blauen Auge davonkommen. Jedenfalls sitzen sie gegenwärtig noch auf den Hinterbeinen und tun so, als ob sie in Wirklichkeit nicht mittun wollen.

Aber Oktavio v. Zedlitz kennt seine nationalliberalen Pappenheimer. Er weiß, daß nirgends ein wenig gut zureden von oben her so leicht und so vollkommen zum Ziele führt, wie bei der Fraktion Drehscheibe. Darum wendet er sich in seiner jetzigen höchsten Not an den Reichskanzler, „der mit Aussicht auf Erfolg die Aufgabe in die Hand nehmen könnte, die in der Rektorenfrage zerrissenen Fäden für die Plenarverhandlung wieder zusammenzuknüpfen“.

Wir glauben, daß das Kalkül des freiherrlichen Journalisten nicht unrichtig ist. Bis zur Plenarverhandlung, wenn nicht bis zur zweiten so doch bis zur dritten, wird der rettende Ausweg gefunden werden, und sicherlich wird der Reichskanzler mit seiner Virtuosität im Zusammenknüpfen und Kompromisseln dazu das eigentliche Stichwort geben. Augenblicklich zwar geht es lärmend her im Liberalen und besonders im nationalliberalen Blätterwald. Man hat es der Regierung einmal gründlich gezeigt, was für furchtlose Kämpen die Nationalliberalen sind! Bis aufs Hemd hatten sie sich schon ausgezogen; und als man das Hemd auch noch von ihnen verlangte, schnitten sie schnell einen Zipfel davon ab, um wenigstens die schamvollste Partie ihres klapprigen Körpers damit bedecken zu können. Als man ihnen aber selbst diesen Zipfel nicht lassen wollte, ließen sie ihre bisherige lammmäßige Gelassenheit dahinfahren und zogen mit dem Zipfel in der Hand stolz von dannen.

Und jetzt warten sie im Schmollwinkel, bis das große Wunderbare geschieht und man ihnen ihren Zipfel läßt oder das Schulgesetz ohne sie fertig macht. Dürfen sie ihren Zipfel behalten, so werden sie wieder hervorkommen und sich ihrer sonstigen blamablen Nacktheit nicht schämen. Haben sie doch einen Zipfel! Läßt man sie aber unbehelligt in ihrem Winkel, so werden sie in das Lager Sr. Majestät allergetreuester Opposition übergehen. Wenigstens haben sie gegenwärtig, nun sie weit vom Schuß sind, den Mut, leise derartige fürchterliche Drohungen zu flüstern.

Uns Sozialdemokraten kann es im ganzen und großen ziemlich gleichgültig sein, ob die Entwicklung der Dinge die eine oder die andere Wendung nimmt. Die Nationalliberalen haben der konservativ klerikalen Schulreaktion soviele Konzessionen gemacht, daß es von untergeordneter Bedeutung ist, ob sie in der Frage der Anstellung der Rektoren ihren Willen durchsetzen oder nicht. Die einzige Wendung der Dinge, die auch wir mit einer gewissen Freude begrüßen würden, wäre das Scheitern der ganzen Vorlage. Angeblich soll Fürst Bülow den Nationalliberalen versprochen haben, daß er gegen sie das Schulgesetz nicht verabschieden würde. Aber verbürgt ist diese Bülowsche Aussage nicht. Und wenn er in einem weit zurückliegenden Stadium der Schulkompromisselei wirklich einmal eine derartige Aeußerung getan haben sollte, so ist gerade Fürst Bülow der richtige Mann, um sie im Notfalle für die gegenwärtige Situation durch ein klassisches Zitat zu desavouieren. Das offiziöse Berliner Blatt hat es schon deutlich zu verstehen gegeben, daß die Regierung der Mithilfe der Nationalliberalen bei der Fertigstellung der Schulvorlage nicht mehr bedarf. Der Mohr hat eben seine Schuldigkeit getan. Nun mag er sich trollen. Die verräterische, verlogene, arbeiterfeindliche nationalliberale Partei hat diesen Fußtritt tausendfach verdient für ihre widerwärtige, charakterlose Bedientenhaftigkeit, mit der sie nach den Wünschen der Regierung jahrzehntelang ihre politische Tätigkeit prostituierte.

Sollte das Gesetz scheitern, so bliebe es vorläufig bei den jetzigen kläglichen Zuständen in der preußischen Schulunterhaltung und bei dem gegenwärtigen Maß an Schulverpfaffung. Eine Hebung der preußischen Volksschule wird von dem Fall des diesmaligen Schulgesetzes so wenig datieren wie das in früheren Jahren der Fall gewesen ist. Es ist schlechterdings auch völlig ausgeschlossen, daß in einem von Junkern, Pfaffen und Schloßbaronen beherrschten Parlamente und von einer ihm dienstbaren Regierung auch nur ein Handschlag im Sinne des pädagogischen oder schulpolitischen Fortschritts geschehen könnte. Erst muß das gesetzgeberische Privileg der koalierten Reaktion in Preußen beseitigt werden, bevor an die Befreiung der Volksschule gedacht werden kann. Das beste Mittel zur Durchbrechung der konservativ klerikal-nationalliberalen Privilegienwirtschaft in Preußen ist die energische Fortführung des von der preußischen Arbeiterschaft begonnenen Wahlrechtskampfes. Dieser Kampf muß mit gleicher Wucht weitergeführt werden, gleichgültig ob das Schulverpfaffungsgesetz in Preußen zur Annahme gelangt oder nicht.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

**Nach dem amtlichen Wahlresultat** sind bei der Stichwahl in Darmstadt-Großgerau insgesamt 32 437 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen 16 632 Stimmen auf den hessischen Landtagsabgeordneten Heinrich Bertholo-Darmstadt (Soz.) der somit gewählt ist. Der Gegenkandidat Stein, Rechtsanwalt in Darmstadt (natl.), erhielt 15 805 Stimmen. — Man kommt nach einer eingehenden Betrachtung der Stimmenzahlen bei der Hauptwahl zu der Auffassung, daß die Nationalsozial-Freisinnigen in Darmstadt nur zu einem geringen Teil für Genossen Bertholo eingetreten sind, trotz der Stichwahlparole ihres Wahlkomitees. Trotzdem aber werden sie — nach unserer Meinung ganz zu Unrecht — in der sogenannten „liberalen“ Presse abgerüffelt, daß sie dem „Ultraradikalen“ gegenüber dem Nationalliberalen den Vorzug gaben. Der Zentralvorstand der nationalmiserablen Partei hat sogar eine Resolution gegen die Darmstädter „Ungetreuen“ beschlossen, die angesichts der Tatsachen geradezu komisch wirkt. Man höre und — staune:

„Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei spricht seine Entrüstung darüber aus, daß die sogenannten vereinigten Liberalen im Wahlkreise Darmstadt-Gr.-Gerau unter dem ausschlaggebenden Einflusse anerkannter Führer der Freisinnigen Vereinigung die Parole ausgegeben haben in der Stichwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten gegen den von ihr als persönlich einwandsfrei anerkannten nationalliberalen Kandidaten einzutreten. Der Zentralvorstand muß dieser Tatsache gegenüber die angeblichen Bemühungen der genannten Partei, einen Zusammenschluß aller Liberalen herbeizuführen, als für die liberale Sache wertlos bezeichnen. Der Zentralvorstand fordert die Parteifreunde im Lande auf, jedem Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung so lange ihre Stimme zu versagen, bis diese Partei genügende Sicherheit dafür bietet, daß sich ihre Anhänger einen derartigen Verrat an der liberalen Sache nicht wieder zu Schulden kommen lassen werden.“

Die Nationalliberalen hätten sich diesen Entrüstungsrummel sparen können; wissen sie doch, daß bei gegebenen Anlässen alle Bürgerlichen gemeinsame Sache gegen die Sozialdemokratie machen, ob sie nun nationalsozial, nationalliberal, freisinnig oder konservativ sind. Für unsere Genossen aber erwächst hieraus die Pflicht, mit aller Energie an dem Ausbau unserer Organisationen und der Ausbreitung unserer Ideen zu arbeiten, damit wir bei den nächsten Reichstagswahlen aus eigener Kraft glänzende Erfolge erzielen. Für uns heißt es: Selbst ist der Mann!

**Aus dem Reichstage.** Der Reichstag setzte am Donnerstag die Beratung der Erbschaftssteuer fort. Selbst der kläglich zahme Kommissionsentwurf geht den Junkern noch zu weit, wie aus den Lamentationen des ultramontanen Junkers v. Savigny und des bürgerlichen Junkers Dietrich hervorgeht. Aber auch die Bezirksvereinshelden a la Wiemer wollen von einer wirklich durchgreifenden Besteuerung der Erbschaften nichts wissen. Der deutsche Liberalismus verhält sich also zum englischen Liberalismus, wie ein abgetriebener Droschkengaul zum Rassepferde. Selbstredend warf die Durchpeitschungsmehrheit alle Verbesserungsanträge unter den Tisch. Dennoch stimmte unsere Fraktion, deren Anträge Genosse Bernstein noch einmal kurz und kräftig begründet hatte, für den entscheidenden § 12, da selbst diese Erbschaftssteuer immerhin noch einen Fortschritt bedeutet. Nachdem bei einem weiteren Paragraphen noch ein konservativer Verschlechterungsantrag auf tatsächliche Beseitigung der Schenkungssteuer abgelehnt war, wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

**Mit dem Reichsschnorrerverband** scheint es in finanzieller Beziehung ziemlich schlecht bestellt zu sein, denn sonst würde er sich wohl nicht durch Fabrikanten an — klassenbewußte Arbeiter mit dem Ersuchen zum Beitritt wenden, wie es dieser Tage in Magdeburg geschehen ist. Dort unterbreitete die Firma W. Kühlmeyer, Dachpappenfabrik, ihren Arbeitern Statuten und Listen dieses Verbandes mit dem Wunsche, sich in die Listen zahlreich einzuzeichnen. Da aber die hier in Frage kommenden Arbeiter zu den politisch aufgeklärten gehören, hatte das Mitgliederwerben der Firma keinen Erfolg. Nicht ein einziger Arbeiter benutzte die Gelegenheit, Mitglied des berüchtigten Verbandes zu werden; unbenutzt mußte das „teure“ Material wieder von der Firma in Empfang genommen werden. Die Herren sind also abgeblitzt.

**Die Verteuerung des Brotgetreides.** Zwar nicht unerwartet, aber doch überraschend kräftig ist die gegenwärtige Aufwärtsbewegung der Getreidepreise. Nachdem die Preise Mitte März und April infolge der überreichen Einfuhr vom Auslande her, die noch zu den alten niedrigen Zöllen stattfand, ziemlich stark hinuntergegangen waren, setzte von Mitte April an wieder eine Steigerung ein, die, nach der Lage des Getreidemarktes zu urteilen, vorläufig wohl noch weiter zunehmen dürfte. Die Vorräte des Handels an ausländischem Getreide haben sich schon erheblich gelichtet, neues Getreide vom Auslande kommt bisher wegen der hohen Zollsätze nur unbedeutend auf den Inlandsmarkt. War speziell im Monat März trotz der neuen Zölle die Gesamteinfuhr von Getreide beträchtlich größer als im Vorjahre, so ist das durch den Umstand zu erklären, daß das im März importierte Getreide in der Hauptsache schon vor dem 1. März zur Einfuhr respektive Verzollung angemeldet war und nur infolge der Ueberlastung des Verkehrs zurückblieb. Zu der Wirkung, die von der Veränderung der Zollsätze am 1. März auf die Getreidepreise ausging, kommt nun noch hinzu, daß zur Frühjahrszeit die Bestellung der Felder das Interesse des Landwirtes in hohem Maße beansprucht, so daß das Angebot auf dem Getreidemarkt sich in ziemlich zurückhaltender Weise äußert. Von einigen Schwankungen abgesehen, zeigte sich in früheren Jahren stets von April auf Mai ein mehr oder minder erhebliches Anziehen der Preise. Im laufenden Jahre steht nun der Preis für Weizen und Hafer Anfang Mai so hoch wie noch in keinem Monat bisher. Der Weizenpreis, der von einem Monat zum andern bisher kaum größere Schwankungen aufwies, ging von April auf Mai plötzlich scharf hinauf. Besonders in preußischen Marktorten ist die Steigerung sehr groß; sie beträgt vereinzelt 10 Mark für die Tonne. Bei Roggen, der in diesem Jahre in ganz außerordentlich starken Mengen vom Auslande bezogen wurde, ist die Aufwärtsbewegung nicht ganz so erheblich. Allerdings ist auch bei Roggen die Spannung gegenüber dem Vorjahre größer als bei allen anderen Getreidesorten, mit Ausnahme vielleicht von Hafer. Die Differenz gegenüber 1905 beträgt gegenwärtig bei einer Tonne zwischen 20 und 30 Mark. Dabei ist die Preisbewegung an den verschiedenen deutschen Marktorten ziemlich ungleichmäßig, wenn auch überall steigend. Und wer hat am schwersten unter dieser Verteuerung des Brotgetreides zu leiden? Der Arbeiter und der kleine Mann aus dem sogen. Mittelstande, deren Einkommensteigerung nicht im entferntesten gleichen Schritt gehalten hat, resp. halten wird mit der Verteuerung des Getreides.

**Auf der Steuersuche** befindet man sich gegenwärtig auch in Preußen. Um neu zu beweisen, wie reaktionär dieser Staat ist, will man auch den Konsumvereinen an den Kragen, d. h. auch diese sollen besteuert werden. Und zweifellos findet dieser Plan die Billigung der Geldsackmehrheit des preußischen Dreiklassenparlaments. Was kann man auch von dieser Sippschaft anders erwarten.

**In höchsten Kreisen** muß es nach Meinung vieler Leute recht nett und schön zugehen. Von niederen Leidenschaften, die das „gewöhnliche“ Volk beseelen, sollte dort nichts zu spüren sein. Wie es aber in Wirklichkeit in diesen Kreisen zugeht, zeigt nachfolgende Notiz der offiziösen „Südd. Reichskorr.“:

„Es scheint Leute zu geben, denen die Genesung des Reichskanzlers gegen den Strich geht. Weniger in der Presse, als in parlamentarischen und sonstigen politischen Kreisen werden mit der Miene patriotischer Verkümmerung Angaben ausgestreut, die, im Widerspruch mit der Wahrheit, den Gesundheitszustand des Fürsten Bülow als ein dauerndes Hindernis gegen die Ausübung seiner amtlichen Tätigkeit erscheinen lassen sollen. Auffällig ist an diesen Tuscheleien, daß dabei, um auf empfängliche Gemüter mehr Eindruck zu machen, als Quelle für dergleichen pessimistische Ansichten gern die „Umgebung des Reichskanzlers“ genannt wird. Demgegenüber lohnt es sich doch festzustellen, daß aus dem Kreise der Persönlichkeiten, die als Umgebung des Fürsten in Betracht kommen, keine einzige eine Aeußerung getan hat, durch welche etwaige Wünsche nach seinem Fernbleiben von den Geschäften hätten ermuntert werden können. Es ist dies das Geheimnis der Verbreiter jener Gerüchte, wie ein Kanzlerwechsel eintreten soll, den der Kaiser nicht will, und den das Befinden des Fürsten Bülow nicht erforderlich macht. Der Fürst ist jetzt — es gibt eine Reihe von Zeugen dafür — frischer und kräftiger, als vor dem Anfall. Er beschäftigt sich schon mit mancherlei, aber nicht mit Rücktrittsgedanken. Wir hoffen durch diese Mitteilung allen Patrioten eine Freude zu machen, auch den Bekümmerten, deren sorgende

Liebe das Ende einer Kanzler-Laufbahn vorzeitig angesetzt hat."

Man ersieht also aus dieser Notiz, daß in den Kreisen, die dem Volke mit gutem Beispiel vorangehen sollten, das Intriguenspiel noch immer ganz nett an der Tagesordnung ist.

**Nicht Erzberger,** sondern Redakteur Becker aus München-Gladbach ist Zentrumszählkandidat im Wahlkreise Hagen-Schwelm. Uns kann es gleich sein!

**Die Reichstagsdiäten** sollen nach dem Beschluß der Kommission nicht pfändbar sein. Darüber werden gewiß verschiedene Reichstagsabgeordnete nicht gerade böse sein.

**Für die Russenausweisungen** und die dabei geschehenen „Mißgriffe" versucht eine anscheinend offiziöse Auslassung der „Köln. Ztg." die Unterbeamten verantwortlich zu machen. Der Bescheid des Ministers v. Bethmann-Hollweg an die Berliner Handelskammer wird von der „K. Ztg." dahin ausgelegt, daß der Minister selbst nicht in allen Fällen mit der Handhabung des Ausweisungsrechtes einverstanden gewesen sei, da er ja selbst bei nachgewiesenen Härten Abhülfe zusagt. Tatsächlich seien mehrere Einzelfälle, ohne Widerlegung zu finden, in der Presse veröffentlicht worden, bei denen man nur annehmen kann, daß sie auf grobe Ungeschicklichkeit subalterner Ausführungsbeamter zurückzuführen sind. Die „Köln. Ztg." hält es daher für selbstverständlich, „daß derartige Kopflosigkeiten, die nicht nur durch Mangel an Urteil und Takt, sondern auch durch große Bummelei erklärt werden müssen, vom Minister des Innern nicht gebilligt werden", und betrachtet es als nötig, die Polizeibehörden anzuweisen, die Ausweisung in etwas intelligenterer Weise vorzunehmen und namentlich die unteren Organe schärfer kontrollieren zu lassen. Gegen die Ausweisungen selbst hat das nationalliberale Blatt natürlich nichts einzuwenden, es wünscht nur, daß durch eine gedankenlose und brutale Handhabung des Ausweisungsrechtes das Ansehen des deutschen Staates im Auslande nicht geschädigt werde. „Es darf nicht den Anschein gewinnen, als ob bei uns eine Willkür der Polizei herrsche, die durch schematische Anordnungen rücksichtslos über die Pflichten der Menschlichkeit und Billigkeit hinweggehe. Das entspricht, so viel wir wissen, auch nicht der Absicht der leitenden Stellen, und deshalb darf man hoffen, daß die untergeordneten Stellen in Zukunft bei den Ausweisungen etwas größere Sorgfalt beweisen." — Die Regierung selbst hat auf die Anklagen Bebels noch immer nicht geantwortet. Die „geeignete Stelle" scheint noch nicht gefunden zu sein und sie wartet wohl auf die Behandlung der freisinnigen Interpellation im Abgeordnetenhause. Da darf man in der Auslassung der „Köln. Ztg." wohl den Leitfaden der zu erwartenden Ministerrede sehen. Wenn ja, dann wird Herr v. Bethmann Hollweg die der Taktik des Herrn v. Rheinbaben entgegengesetzte Taktik einschlagen. Aber der Minister trägt auch für „Ungeschicklichkeiten" subalterner Beamten die Verantwortung, zumal wenn sie Konsequenzen des ganzen Systems sind.

**Die Bierverteuerung greift weiter um sich.** Der Verein der Brauereien Berlins und Umgegend beschloß einstimmig, von dem Inkrafttreten der Brausteuererhöhung an den Bierpreis innerhalb des Berliner Wirtschaftsgebiets, bei hohen Konventionalstrafen, um 2,50 Mark pro Hektoliter zu erhöhen.

## Rußland.

**Die Reichsduma** ist gestern eröffnet worden. Nikolaus hielt hierbei eine Rede, die beweist, daß er die Duma als ein Spielzeug in seinen Händen betrachtet. Dieselbe hat folgenden Wortlaut: Die durch die günstige Vorsehung mir übertragene Fürsorge für das Wohl des Vaterlandes hat mich bewogen, vom Volk Erwählte zur Mitarbeit an den gesetzgeberischen Arbeiten zu berufen. Mit flammendem Glauben an ein besseres Zukunftsrußland begrüße ich in Ihnen die besten Männer, welche zu erwählen ich meinen geliebten Untertanen befohlen habe. Schwere und komplizierte Arbeiten stehen Ihnen bevor. Ich glaube, die Liebe zur Arbeit, die ein Höherer wünscht, wird Sie beseelen und wird Sie einigen. Ich aber werde die von mir gewährten Institutionen unerschütterlich bewahren mit der festen Ueberzeugung, daß Sie alle Ihre Kräfte für den aufopfernden Dienst für das Vaterland verwenden werden zur Darlegung der Bedürfnisse des meinem Herzen nahestehenden Bauernstandes, der Aufklärung des Volkes und Entwicklung seines Wohlstandes, eingedenk dessen, daß für die Größe und das Wohlergehen des Staates nicht nur Freiheit notwendig ist, sondern auch Ordnung auf der Grundlage des Rechtes. Mögen sich meine heißen Wünsche erfüllen, mein Volk glücklich zu sehen und meinem Sohn einen festen und wohlgeordneten aufgeklärten Staat als Erbe zu hinterlassen. Gott segne die mir im Verein mit dem Reichsrat und der Duma bevorstehende Arbeit. Möge dieser Tag ein Verjüngen Rußlands in moralischer Hinsicht und eine Wiedergeburt seiner besten Kräfte bedeuten. Gehen Sie an die Arbeit, zu der ich Sie berufen habe, und rechtfertigen Sie anderseits das Vertrauen des Zaren und des Volkes. Gott helfe mir und Ihnen.

**Die Maifeier in Riga.** Der n.-Korrespondent des „Hamburger Echo" schreibt aus Riga: Während fünf Monaten hat die Regierung ihre treuesten Truppen: Leibgardehusaren, Ulanen und Grenadiere, nach den Ostseeprovinzen geschickt und mit den gemeinsten Mitteln versucht, die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken. Die Strafexpedition der Generale Wendt, Orlow, Besobrasow usw. scheinen nicht das Ziel erreicht zu haben. Man hat für 23 Millionen Rubel Nationalreichtum vernichten lassen und die Resultate scheinen gleich Null zu sein — wir meinen selbstverständlich für die Regierung und ihre Helfershelfer, die baltischen Junker. Die letzteren hatten sich eben zum Landtag versammelt und berieten darüber, wie sie noch einige ihrer Privilegien eventuell an die Regierung recht teuer verschachern können. Man tröstete sich über die Verluste bei den Reichstagswahlen damit, daß doch den Deutschen gleichgesinnte Letten gewählt worden sind und gab beim Champagner einige pikante Erlebnisse aus der Zeit der Strafexpeditionen zum besten in dem Vertrauen, daß die Revolution bei dem Verbleib der Truppen im Lande doch unterdrückt werden würde, als plötzlich die Kunde vom Ausbruch des Streiks jenseits der Düna eintraf. Die Bestürzung der Herren „Ehrenpolizisten" las man auf ihren Gesichtern. Die letzte Veranlassung zur sofortigen Proklamierung des Streiks waren die Schaudernachrichten aus den Gefängnissen. Bekannt war es schon lange vorher, daß die politischen Gefangenen in den Polizeiarrestlokalen durch Schlagen, Brennen der Glieder, Karzer usw. zu Aussagen gezwungen werden. Auf den Rat der „Düna-Zeitung" wurden in der letzten Zeit keine Besuche der Anarchisten mehr gestattet, ihnen das Recht entzogen, Zucker, Weißbrot usw. aus dem Laden zu verschreiben und einige der Spaziergänge auf dem Gefängnishofe verlustig erklärt. Monate waren vergangen, ohne daß der Prokureur sich im Gefängnisse hatte blicken lassen. Viele sitzen mehr als 4 Monate ohne Verhör und wissen absolut nicht, weswegen sie arretiert worden sind. Dabei sind die Gefängnisse so überfüllt, daß mit dem Eintreten der warmen Witterung der Aufenthalt in den geschlossenen Räumen direkt lebensgefährlich wird. Seit fünf Tagen hungerten die „Politischen". Am 1. Mai erhielten einige Arbeiter die Nachricht, daß unsere Genossen vom Hungerstreik erschöpft ins Krankenhaus abgeführt worden seien und die Lage vieler anderer Besorgnis errege. Im Nu wurde auf den Fabriken Thielo, Etna und Staar u. Co. der Streik beschlossen, dem im Laufe des Tages etwa zehn andere Fabriken sich anschlossen. Am anderen Tage wurde die Stadt mit Flugblättern in lettischer und russischer Sprache überflutet, in welchen das sozialdemokratische Föderativ-Komitee einen dreitägigen Ausstand verkündete. Am 2. Mai streikten etwa 32 Fabriken mit ungefähr 18 000 Arbeitern. Am 3. Mai war der Streik fast allgemein: die Zahl der Ausständigen erreichte schon 25 000. Hier und da wurden die streikenden Fabrikarbeiter durch großes Militäraufgebot, das in den Fabrikrayons konzentriert war, in Schach gehalten. Die Angestellten der elektrischen Straßenbahn wollten sich gleichfalls dem Ausstande anschließen, wurden durch Kosaken jedoch daran verhindert. Trotz der Tag und Nacht umherziehenden Patrouillen gelang es doch, außerhalb der Stadt auch eine Massenversammlung mit darauffolgendem Demonstrationszug zu veranstalten. Das Föderativ-Komitee hat wieder vollständig das Vertrauen der Arbeiter erlangt. Der Kampfesmut ist gestiegen. Das Arbeiterblatt „Zchna" findet kolossalen Absatz. Während es eine Zeitlang nur in 5000 Exemplaren gedruckt wurde, ist jetzt die Auflage wieder auf 10 000 erhöht worden. Als eine weitere erfreuliche Erscheinung ist auch das „Erwachen" der Revolution auf dem Lande zu verzeichnen. Die Repressalien: Die Strafexpeditionen, Feldgerichte, Entschädigungen und körperliche Züchtigungen haben unter der Landbevölkerung einen derartigen Haß gegen die Großgrundbesitzer hervorgerufen, daß weitere terroristische Akte unvermeidlich zu sein scheinen. — Die sozialdemokratischen Organisationen haben durch Flugblätter auch die treuesten Stützen der Regierung — die Dragoner und Ulanen — unzuverlässig gemacht. Die bisherigen Regimenter werden schon wieder einmal von Riga entfernt und es kommen frische Truppen aus Petersburg. Dieses Mal will man mit den kaiserlichen Konvoitruppen, die aus Tscherkessen bestehen, versuchen. Außerdem kommen 500 Donsche Kosaken der östlichen Garnison zu Hülfe.

## England.

**Der erste Konflikt.** Die Frage der Zusammensetzung der Kommission zur Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Heimarbeiter brachte die Mitglieder der Arbeiterpartei im Unterhause in Opposition zu der Regierung und zu den Mitgliedern der Trade Union- und den Mitgliedern der Arbeiterpartei, die auf den ministeriellen Bänken sitzen. In der Kommission befinden sich nach dem Regierungsvorschlag zwei Mitglieder der liberalen Arbeiterpartei, aber kein Mitglied der sogenannten Arbeiterpartei. Keir Hardie behauptete, daß die Arbeiterpartei ein Recht darauf habe, in allen Kommissionen vertreten zu sein, insbesondere bei Kommissionen, die mit den Interessen der Arbeiter zu tun hätten. Er habe gegen die Ernennung von Mitgliedern der Trade Union-Arbeiterpartei nichts einzuwenden, er müsse aber dagegen Verwahrung einlegen, daß ihre Ernennung zum Vorwand benutzt werde, um die eigentliche Arbeiterpartei auszuschließen. Fenwick (Trade Union Arbeiterpartei) wies unter lautem Beifall der Ministeriellen den Anspruch Keir Hardies zurück und betonte, er hätte nichts dagegen, wenn dieser und seine Freunde sich als Arbeiterpartei bezeichneten, er müsse aber Widerspruch gegen den Versuch erheben, ihn und andere Arbeiterparteiler auf der liberalen Seite nicht zu den Arbeitervertretern zu rechnen. Whiteley (Liberal) erklärte, die Forderung der Arbeiterpartei sei anmaßend und unter Umständen gar nicht durchführbar. Die Zusammensetzung der Kommission nach dem Regierungsvorschlag wurde darauf mit 320 gegen 43 Stimmen genehmigt. — Es war vorauszusehen, daß es über kurz oder lang zwischen den Genossen und den sogenannten Arbeiterparteilern zum Konflikt kommen würde. Wir vermuten, daß es noch zu weiteren Konflikten kommen wird.

# Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 11. Mai.

## Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden. Zuzug von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

## Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

**Zuzug von Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern nach Schwartau, Pansdorf und Niendorf a. O.** ist fernzuhalten.

## Die hiesigen Bauschlosser sind in den Ausstand getreten. Der Zuzug ist streng fernzuhalten.

**Achtung, Schneider!** Ueber das Geschäft des Herrn Zietz, Fackenburger Allee, ist die Sperre verhängt worden.

**Achtung, Kutscher!** Nachstehender Betrieb hat die Forderungen der Kutscher nicht bewilligt: E. Ewers, Lachswehr-Allee 10. Ueber diesen Betrieb ist die Sperre verhängt worden. Kein aufgeklärter Kutscher darf in demselben Arbeit annehmen.

## Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

**Unter Vorspiegelung falscher Tatsachen** sucht man gegenwärtig von auswärts Arbeitskräfte für den hiesigen Bahnbau zu werben. Erscheint da im Hamburger „Gen.-Anz." vom letzten Dienstag ein Inserat folgenden Inhalts:

> **40 Arbeiter und ein Schachtmeister sofort nach Lübeck** gesucht. Reise frei. Meld. Steinstr. 31 (Auerbachs Hof) heute mittag bis 6 Uhr daselbst. Arbeit 2 Jahre. Oberhauer bevorzugt. Th. Sacher.

Es meldeten sich auch eine ganze Anzahl von Arbeitern, denen man erzählte, daß sie in Lübeck einen Stundenlohn von 35 Pf. erhalten sollten. Obwohl dieser Verdienst wahrhaftig sehr minimal ist, fuhren die Leute doch mit nach hier. Als sie nun ihre Beschäftigung antreten wollten, wurde ihnen eröffnet, daß der Stundenlohn nur 32 Pf. betrage. Dann wurde ihnen vom Bauführer Kneip ein Revers zur Unterschrift vorgelegt, nach welchem sie sich bei Lohnstreitigkeiten sämtlicher Rechte begeben, denn sie müssen ausdrücklich Verzicht leisten auf alle sich aus dem Arbeitsverhältnis ergebenden Ansprüche an die Firma, bei der sie beschäftigt sind. Differenzen sollen mit dem betr. Schachtmeister, der vor dem Gewerbegericht wohl kaum als Vertreter der Firma oder Arbeitgeber anerkannt wird, zum Austrag kommen. Natürlich haben verschiedene in Hamburg angeworbene Arbeiter unter solchen Umständen mit Dank darauf verzichtet, den Lübeckern einen Bahnhof bauen und den Unternehmern die Taschen füllen zu helfen. Auch dieser Fall trägt dazu bei, die Notwendigkeit des Antrages P. Pape, der in der letzten Sitzung der Bürgerschaft von den Erstklassigen einmütig abgelehnt wurde, deutlich erkennen zu lassen. Das Unternehmertum ist bemüht, unter Anwendung der verwerflichsten Mittel, billige Arbeitskräfte zu gewinnen. Dagegen kann einzig und allein bei Vergebung von Arbeiten die Bestimmung helfen, nach welcher die Unternehmer gezwungen sind, ihren Arbeitern den hierorts üblichen Lohn zu zahlen. Der vorgelegte Revers ist zweifellos ungesetzlich.

**Etwas von der deutschen Volksschulbildung.** Wie notwendig die von den Sozialdemokraten mit Nachdruck verlangte Verbesserung der Volksschule ist, dafür ist nachstehender Brief, der uns von einem Freunde unseres Blattes zur Verfügung gestellt wird, ein sprechender Beweis. Derselbe lautet:

> Schads den . . . . .
>
> Geehrte Herr Doktor
>
> Ich habe Eug Blos su Melden das ich gans Gesund bin aber Arbeitslos für diesen Winter, Mein Bruder Wil mig nicht for Früjar nach Amerika haben. Ihr können mihr vohl nicht eine Stellung Verschaffen da auf die Anstalt als Wärter oder Kutscher, Ich Wil Mig gut Auffüren
>
> Untertänichst
> (folgt Name) . . . . .
> Schads bei Ballum. (Nordsleswig)

Zweifellos würde dem Briefschreiber etwas weniger Religion aber dafür mehr Deutsch sehr von Vorteil gewesen sein. Mit Religion muß jedoch das Volk vollgepfropft werden, wenn es infolgedessen auch in andern Fächern unwissend bleibt.

**Eine öffentliche Schlachtergesellenversammlung** tagte Mittwoch in Hasses Gesellschaftshaus. Kollege Krause-Berlin referierte über „Die soziale Gesetzgebung im Schlachtergewerbe" und erntete reichen Beifall. In der recht lebhaften Diskussion wurde auch der Boykott der Firma Scheere besprochen. Behauptet wurde von den einzelnen Rednern, daß Scheere in der Person des Gesellen Reinhardt ein Mittel gefunden zu haben glaubt, um die Organisation aus seinem Betriebe herauszubekommen. Die Organisation habe in den letzten Jahren eine Reihe von Mißständen im Betrieb abgeschafft, was Herrn Scheere nicht in den Kram zu passen schien; um demnach die Gesellen wieder nach Willkür ausbeuten zu können, mußte die Organisation beseitigt werden. So leichten Kaufs wird Herr Scheere jedoch nicht mit der Organisation fertig werden; die Arbeiterschaft Lübecks steht geschlossen hinter der Organisation und ist es daher erklärlich, wenn der Boykott eine gute Wirkung hat, daß der Absatz Scheeres schon gewaltig zurückgegangen ist. Man kann es deshalb verstehen, wenn Herr Scheere den Boykott gern aus der Welt hätte. Nun, wenn ihm wirklich daran gelegen ist, dann liegt es an ihm selbst, die Hand zum Frieden zu bieten. Unsererseits wird der Boykott noch verschärft werden, um auch die außerhalb Lübeck befindlichen Absatzgebiete lahm zu legen. Von einem Redner wurde noch festgestellt, daß die Unfallziffer bei der Firma keine geringe sei, und schon mancher an seiner Gesundheit bei der Firma geschädigt ist. Herr Aug. Scheere nimmt darauf allerdings wenig Rücksicht; die ältesten und besten Arbeiter werden einfach auf die Straße gesetzt, weil sie von dem gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht Gebrauch machten. Am Schluß richtete der Referent die Mahnung an die Versammlung, aus diesem Kampfe zu lernen, welcher Terrorismus gegenüber den Arbeitern mit Vorliebe angewandt wird. Jeder organisierte Kollege wird wissen, was er zu tun hat!

**Wegen angeblicher Bedrohung Arbeitswilliger** wurde der Maschinenarbeiter K. heute morgen vom Schöffengericht zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte „nur" 6 Monate beantragt.

**Die Barbiere der Vorstadt St. Lorenz** haben ebenfalls beschlossen, am zweiten Pfingsttage ihre Geschäfte zu schließen. Es ist nunmehr wohl zu erwarten, daß auch die übrigen Barbiere dem Vorgehen ihrer Kollegen folgen werden.

**Stadthallen-Theater** Sonnabend kommt bei den nun hier üblichen, ermäßigten Sommerpreisen Joh. Strauß's melodienreiche Operette „Eine Nacht in Venedig" in bester Vorbereitung und Ausstattung zur Aufführung.

-n- **Schneider-Versammlung.** Eine Donnerstag, den 10. Mai, stattgefundene außerordentliche Mitgliederversammlung der Schneider hatte sich mit der Firma Zietz zu beschäftigen. Die Kollegen verlangen von Herrn Zietz, daß der Bügelofen aus der Werkstätte und in einer nebenan befindlichen Stube aufgestellt werden möge. Dieses konnte jedoch Herr Zietz nicht, weil, wie er anführte, kein Platz im Hause für das Mädchen, welches in der betreffenden Stube logierte, sei. Die Richtigkeit dieser Angabe zu untersuchen, wollen wir für heute ablehnen, aber Herr Zietz kann doch auch nicht verlangen, daß die Schneidergesellen bei 39 Grad Hitze arbeiten sollen. Nachdem noch die Versammlung das Verhalten des Herrn Zietz wegen dieser bescheidenen und gerechten Forderung kritisiert hatte, nahm sie den Antrag, daß über das Geschäft

des Herrn Zitz, Fackenburger Allee, die Sperre zu verhängen sei, an.

**Der erste Teilbetrag der Einkommensteuer** für das Jahr 1906/07 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstädte St. Jürgen und St. Gertrud sind, in der Zeit vom 11. bis 21. Mai dieses Jahres bei Vermeidung des Zuschlages der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

**Die öffentlichen Badeanstalten** werden am Dienstag den 15. Mai eröffnet werden.

**Handelsregister.** Am 10. Mai 1906 ist bei der Firma Boldt u. Damm in Lübeck eingetragen worden, daß die Firma erloschen ist.

**Straßensperre.** Wegen vorzunehmender Gleisbauarbeiten wird die Marquardstraße vom Freitag den 11. d. Mts. ab bis auf weiteres für den Fahrwerksverkehr gesperrt.

**Hansa-Theater.** Direktor Max Samst bittet uns, nachmals darauf hinzuweisen, daß bei seinem Gastspiel Sommerpreise sind, und zwar kostet: Fauteuil 2 Mk., Sperrsitz 1,50 Mk., Parkett 1,25 Mk., Parterre und Balkon 1 Mk., Seitenbalkon 80 Pfg., 2. Balkon 60 Pfg. und Gallerie 40 Pfg.

**Der Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde** erinnert an seine Wanderung nach dem Parmerberg. Abfahrt am Sonntag, den 13. Mai nachmittags 2 Uhr 30 Min. mit der Hafenfähre nach Schwartau. — Weiter wird bekannt gegeben, daß der Herr Dr. Mueller, hier, Bäckerstraße 1 wohnt. Eine Empfehlung der Karlshofer Anlagen — Spielplatz und Luftbad — ist immer noch notwendig, da an Wochentagen der Platz noch stärker benutzt werden muß. An Sonntagen herrscht jetzt ein sehr reges Leben. Am Sonntag, den 27. Mai findet im Herren Luftbad ein Vortrag statt, nachmittags dann noch eine Ausstellung.

**Maiblumen.** Die jetzt wieder beginnende Zeit der Maiblumen gibt Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß sowohl der Stengel als auch die Blüte dieser so herrlich duftenden Blumen einen starken Giftstoff besitzen, der Blausäure enthält. Man vermeide daher besonders, die Blumen zwischen den Lippen zu tragen, da ja die kleinste, kaum bemerkbare Mißwunde unfehlbar anschwillt, sobald der Saft der Blume in sie eindringt. Ebenso werfe man die abgeblühten, welken Blütenkelche nicht auf die Höfe, wo Geflügel umherläuft. Denn schon öfters ist es beobachtet worden, daß besonders junge Hühner und Tauben nach dem Genuß dieser Blumen verendeten. Ferner sei noch erwähnt, daß man Maiblumen nur pflücken darf, wenn sie vollerblüht sind, da keine einzige grüne Knospe von Maiblumen im Wasserglase jemals aufblüht.

**Wahl.** Von der Gemeindeversammlung in Kücknitz ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen Quitzau der Viertelhufner Krellenberg in Kücknitz zum Mitgliede des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt und bestätigt worden.

**Rostock.** Von der Anklage wegen Majestätsbeleidigung freigesprochen wurde der verantwortliche Redakteur der „Mecklenb. Volks Zeitung", Genosse Kühn.

**Schwerin.** Infolge der Lohnbewegung der Bauhülfsarbeiter sind von diesen die Betriebe von sechs Arbeitgebern gesperrt worden. Zuzug von Bauhülfsarbeitern ist fernzuhalten.

**Gistrow.** Die Arbeitgeber aller Baubranchen haben nach Berichten bürgerlicher Blätter beschlossen, alle Bauarbeiter auszusperren, wenn nicht die ausständigen Maler- und Tischlergehülfen die Arbeit bis zum 12. Mai d. J. wieder ordnungsmäßig aufnehmen. Wie verlautet, wird der Generalstreik proklamiert werden, der etwa 6000 Arbeiter umfassen würde.

**Neumünster.** Scharfmacherisches. In der Tuchfabrik von Mehrens verlangten vier Weber eine Lohnerhöhung. Als ihnen diese verweigert wurde, legten sämtliche dort beschäftigten Weber die Arbeit nieder. Der Fabrikanten-Verein trat daraufhin sofort zusammen und faßte den Beschluß, daß, insofern die ausständigen Weber nicht innerhalb drei Tagen die Arbeit wieder aufnehmen, mit der sukzessiven Aussperrung aller in den hiesigen Tuchwerken beschäftigten Arbeiter vorgegangen werden soll. So berichten bürgerliche Blätter!

**Hamburg.** In der Bürgerschaft interpellierten unsere Genossen wegen der Unterbringung der Arbeitswilligen auf Schiffen im Freihafen, welches Verfahren gegen die Zollkonvention verstoße. Die Besprechung der Interpellation wurde von den Wahlrechtsverschlechterern abgelehnt. Was fragen diese Leute danach, ob gegen Konventionen verstoßen wird, wenn es sich um Arbeitswillige handelt!

**Harburg.** Wegen Beleidigung des früheren Kolonialdirektors Dr. Stuebel wurde der Redakteur des „Volksblatt", Genosse Köpke, von der Stader Strafkammer zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt.

**Lüneburg.** Scharfmacher an der Arbeit! Infolge des bekannten Beschlusses des Verbandes deutscher Metallindustrieller hat auch das hiesige Eisenwerk den Betrieb eingestellt. Dadurch sind etwa 300 Arbeiter, die zum Teil über 20 Jahre auf dem Werke tätig waren, beschäftigungslos geworden. Nur eine ganz geringe Zahl der Ausgesperrten gehörte dem Metallarbeiterverbande an. Die Viktoriahütte hat keine Aussperrungen vorgenommen. — Jedenfalls wird durch das Vorgehen der Scharfmacher noch manchem bisher indifferenten Arbeiter die Augen geöffnet werden. So ist die Aussperrungsmaßregel vielfach ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

**Oldenburg i. G.** Unter dem Titel: Einblühendes Menschenleben das Opfer eines Quacksalbers geworden!" schreibt man den „N. f. St. u. L." aus Vechta: In der Gemeinde Bakum hatte sich ein 17jähriger Haussohn im Dezember v. J. auf einer Radtour eine Quetschung am linken Unterschenkel in der Kniegegend zugezogen. Der zu Rate gezogene Arzt, der eine Unterhautentzündung konstatierte, hielt einen Einschnitt für unbedingt erforderlich. Als er das den Eltern mitteilte, meinten diese, dann wollten sie doch noch erst einen Quacksalber, der in der Nähe von Vechta wohne, um Rat fragen. Trotzdem der Arzt den Eltern die bedenkliche Lage ihres Sohnes vor Augen führte, blieben sie dabei, den Quacksalber holen zu lassen. Der Arzt gab deshalb seine Praxis an diesem Kranken auf. Der erschienene „Wunder"-Doktor äußerte bei seiner Ankunft, die Behandlung durch den hiesigen Arzt sei falsch gewesen, das Bein hätte gar nicht geschnitten werden müssen, er wolle wohl dafür sorgen, daß der Junge noch einer der besten Soldaten würde. Der Quacksalber bedeckte sodann die krankhaften Stellen des Beines mit einem Pflaster, sodaß der Eiter nicht abfließen konnte. Schon nach einigen Tagen stellte sich eine erhebliche Verschlimmerung ein. Trotzdem der bedauernswerte Kranke sich vor Schmerzen nicht helfen konnte und der Quacksalber einsehen mußte, daß seine Behandlung — den Eiter anstatt zu entleeren, zurückzuhalten — verkehrt sei, wußte er auf die Eltern einzuwirken und sich Vertrauen zu schaffen. Es ist kaum glaublich, was der bedauernswerte junge Mann während der sechswöchigen Behandlung durch den Quacksalber ausgehalten hat. Halb vereitert und mit mehreren großen und brandigen Wunden bedeckt, lag der arme Mensch da, aber der Quacksalber ließ nicht eher von seinem Opfer ab, bis in diesen Tagen der Tod den qualvollen Leiden ein Ende machte. Die auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft durch die Aerzte Averdam und Eden vorgenommene Obduktion hat ergeben, daß Vereiterung die Todesursache gewesen sei. Die Eltern haben sich zeitlebens Vorwürfe zu machen und der Quacksalber wird sich wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten haben und seiner verdienten Strafe nicht entgehen.

**Wilhelmshaven.** Ein Erfolg der Arbeiter. Auf der Wilhelmshavener Werft wird in diesem Sommer die neunstündige Arbeitszeit eingeführt werden.

**Emden.** Ein Gewitter äscherte in Veenhusen und Großsander zwei große Bauernhöfe samt allem Inventar ein. Viel Vieh ist mitverbrannt. — In Holte zerfleischte ein schwachsinniges Mädchen ihr neugeborenes Kind mit einem Taschenmesser.

## Aus Stadt und Land.

**Schweres Bauunglück.** Am 9 Mai Mittags ist in der Jägerstraße zu Halle a. S. ein Neubau eingestürzt. Fünf Bauarbeiter wurden verschüttet, einer war, der „Saale-Zeitung" zufolge, sofort tot und zwei schwer verletzt.

---

Donnerstag mittag 1 Uhr starb nach kurzer schwerer Krankheit unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter

**Anna Maria Margarete Gerke,**
**geb. Schäper,**

im 70. Jahre ihres rastlos tätigen Lebens.

Tief betrauert und schmerzlich vermißt von den Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet statt am Montag den 14 Mai, vorm. 10½ Uhr, von der Kapelle des Allgem. Gottesackers.

Beginn der Trauerfeier 10¼ Uhr.

---

Dem Sangesbruder **W. Hinrichs** zu seinem Hochzeitstage die besten Glückwünsche.

**Gesang-Verein „Einigkeit" St. Gertrud.**

---

Gesucht zu sofort

**ein junger Knecht**

der mit Pferden umzugehen weiß.

**Restaurant „Zum Landhaus",** Schönböckener Chaussee.

---

**Ein Sommer-Paletot** billig zu verkaufen, schlanke Figur Karpfenstraße 26 part

---

**Ein Kinderwagen zu verkaufen.** Fackenburger Allee 61, II

---

**Ein fast neuer Kinderwagen** zu verkaufen Rosengarten 6, pt

---

**Schweinefutter**

trockner Drank, billig zu verkaufen.

**Bäckerei Attendornstraße 26.**

---

**Bommerlunder**

feinster Tafel-Getreide-Aquavit

---

**Eimerbier**

jeden Mittwoch und jeden Sonnabend bei Nickel, Wahmstraße 31.

---

**Täglich frischen Spargel**

in drei verschiedenen Sorten hat zu verkaufen

E. Jürs, Fegefeuer 1

---

Mit Wochenraten von 1 Mark an

**Möbel**

Anzüge, Paletots, Blusen, Kost.-Röcke, Jacketts, Kleiderstoffe, Wäsche, auch

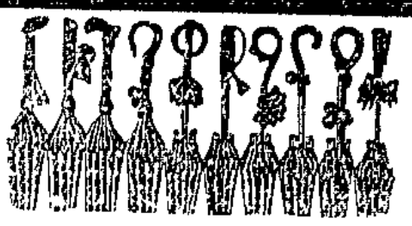
**Ohne Anzahlung**

für alte Kunden, die ihr Konto beglichen haben.

**S. Sachs**

Hüxstraße 41.

---



Gebe rote Rabattmarken.

Wegen Aufgabe des Geschäfts

**Total-Ausverkauf** von

Sonnenschirmen, Regenschirmen, En-tout-Cas, | Stroh- und Filzhüten, Zylindern und Mützen, enorm billige Preise.

Schirmfabrik und Hut-Bazar

**H. Stoppelman, Königstraße 73,** Eingang Hüxstraße.

---

**Bei Todesfällen**

wende man sich an das

**Sarg-Magazin von A. Brodersen C. Behrens Nchfl.**

Obere Aegidienstraße 7. Fernsprecher 1090.

Genaue vorherige Kostenberechnung und eigenes Fuhrwerk. Billige Preise.

---

**Reese-Backpulver**

für 1 Pfund Mehl 5 Pfg.

doppeltgesiebtes Weizen-Dampfmehl hält bestens empfohlen

**Ludw. Hartwig.**

Sie erhalten „Lubeca"-Rabatt-Marken.

---

**Bilder aus Lübecks Vergangenheit**

Von Theodor Schwartz.

Preis: Broschiert Mk. 4.—, in Leinwd. gebd. Mk. 5.—, oder in 20 Lieferungen à 20 Pfg.

**Friedr. Meyer & Co.**

Buchhandlung und Buchdruckerei.

Johannisstraße 50.

---

**Es wird noch Wäsche von jungen Leuten angenommen** Rosengarten 6, part.

---

**M. Lahrtz,** Böttcherstr. 16

Pa. Schweinefleisch Pfd. 70 Pf.
Pa. dicke Flohmen Pfd. 70 Pf.

Karbonade 80 Pfg., Kalbfleisch von 40 Pfg. an, Kopf und Bein 30 Pfg., Pa. gekochte Mettwurst, Leberwurst und ger. Leberwurst 80 Pfg., geräuch Mettwurst Pfd. 80—120 Pfg., Braunschweiger Wurst und Preßwurst 60 Pfg., Kuheuter 50 Pfg. Jed. Sonnabend 5 Uhr an: Heiße Knackwurst.

**ff. Aufschnitt ff.**

---

Empfehle:

| | |
|---|---|
| Ger. Schinken (Landrauch) ff Aufschnitt Pfd. | 1.20 Mk. |
| Gekochte Mettwurst | 80 Pf. |
| Leberwurst | 80 Pf. |
| Braunschweiger | 70 Pf. |
| Preßwurst | 70 Pf. |
| Kohlwurst | 60 Pf. |
| Schmalz | 80 Pf. |

**E. Hinrichs**

Tünkenhagen 3.

---

**Vorstädt. Bierhalle, Cronsf. All. 33a**

Großer schattiger Garten.

Kinderspielplatz.

Doppelkegelbahn.

Oscar Häring

---

**Grosse Auktion**

**Sonnabend, den 12. Mai 1906**

9 Uhr vormittags bis abends

**Konzerthaus Fünfhausen**

über:

35 Stck. Knaben- u. Herr.-Somm.-Joppen,
127 do. do. do. do. -Hosen,
26 do. do. do. do. -Westen,
diverse Knaben-Anzüge,
33 Paar Segeltuchschuhe,
37 do. Kinderschuhe und -Stiefel,
30 do. Mädchen- u. Damen-Halbschuhe,
div. Knaben- und Herren-Zugschuhe,
46 Stück farbige Herren-Filzhüte,
Gr. Posten Kinder-, Damen- und Herren-Strohhüte und Mützen
und vieles andere mehr.

**Carl Wilhelms**

Auktionator u. Taxator

---

Wegen Abnahme größeren Postens Schweine verkaufe diese Woche:

| | |
|---|---|
| Schweinefleisch | Pfd. 70 Pf. |
| Flohmen | Pfd. 60 Pf. |
| Bestes Schmalz | Pfd. 70 Pf. |
| Gekochte Wurst | Pfd. 70 Pf. |
| Leberwurst | Pfd. 70 Pf. |
| Braunschweiger | Pfd. 60 Pf. |
| Preßkopf | Pfd. 60 Pf. |

**Wilh. Strohfeldt**

Glockengiesserstr. 73

Markthalle 13, 14 u. 15.

---

**Kopffleisch**

Leberwurst Stück 10 Pf.
Brotwurst Stück 10 Pf.

empfiehlt

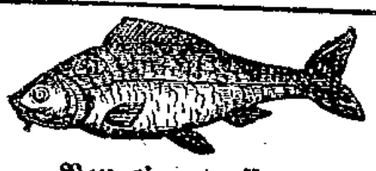
**Heinr. Viereck, Hüxstraße 96.**

Fernsprecher 1081

---

Morgen, in der Markthalle:
Prima fettes Ziegenfleisch und Kalbfleisch
Stand 34.

---



Neu eingetroffen!

**Seelachs 15 Pfg.**
**Cabliau 15 Pfg.**

etc. etc. etc.

Kochbuch gratis.

**Fischhalle „Hansa", Fünfhausen 33.**

Fernsprecher 1869.

## Sonder-Angebot.

# Hochfeiner Herren-Anzug für 18 Mk.

Ganz besonders mache auf das **Sonder-Angebot** in **Anzügen** von 11.75 bis 36 Mk. aufmerksam. Empfehle in diesem Genre hervorragend schöne Neuheiten zu **ganz enorm billigen Preisen** und lohnt es sich für jedermann, mein Geschäft aufzusuchen. Jeder Einkauf führt zu dauernder Kundschaft.

# Anzüge

**Jackett-Anzüge**
in allen Farben, karriert gestreift . . . . . 24.00 22.50 18.00 **15.00** Mk.

**Jackett-Anzüge**
genau wie Maßsachen, auf Roßhaar gearbeitet, in hochmodernen Farben, schwarz und Nouveautes . . . . . 36.00 32.50 29.00 **26.00** Mk.

**Rock- u. Gehrock-Anzüge**
feinstes Tuch und Streichkammgarn auf Roßhaar gearbeitet, tadelloser Sitz . . . . . 52.00 45.00 36.00 **24.50** Mk.

**Sommer-Paletots**
in chicker Verarbeitung, gute Stoffe, modernste Muster in größter Auswahl . . . . . 28.50 24.00 17.00 **18.00** Mk.

**Arbeits-Hosen**
in größter Auswahl!
1.65, 2.25, 3.50, 4.50 Mk.

**Hemden**
in Leinen und Parchend und Oxford.

**Buckskin-Hosen**
in größter Auswahl!
2.75, 4.50, 6.00, 8.50 Mk.

**Sommer-Loden-Joppen** mit und ohne Falten,
2.50, 3.50, 4.50, 6.50 Mk.

# Louis Levy

Klingenberg 5. **Rote Rabattmarken.** Ecke Marlesgrube.

---

Zirka 1200 Pfund
**Prima Preetzer Zervelatwurst**
(nur etwas weich, delikat im Geschmack)
Pfund 1 Mk.
bei ganzen Würsten Pfund 95 Pfg.
Wiederverkäufern Engros-Preise.

Zirka 2800 Pfund
**prima alten holländ. Rahmkäse**
Pfund 80, 90, 100 Pfg.
Broden von 16–30 Pfd.

Zirka 2400 Pfund
**Prima Schweizer Käse**
Pfund 80, 90, 100 Pfg.

Zirka 500 Stücke
**Feinster Romadour-Käse**
große Stücke sonst 35 Pfg.
jetzt 25 Pfg.

empfiehlt
**Hans Dittmann**
obere Fleischhauerstraße 9.
Fernsprecher 1223.
Käse, Delikatessen, Fettwaren und Konserven
en gros & en detail.

Rote Lubeca-Marken. Rote Lubeca-Marken.

---

Täglich frischen hiesigen
# Spargel
Pfund von 15 Pfg. an.
**Neue Wurzeln**
das Bund 5 Pfg.
**Spethmann & Fischer**
Tel. 102. Beckergrube 59.

---

## Billige Lebensmittel!

| | | |
|---|---|---|
| Kartoffelmehl | Pfd. | 15 Pf. |
| Haferflocken | „ | 19 „ |
| ff. gem. Zucker, | „ | 19 „ |
| Salzheringe, 10 St. 45 u. | | 38 „ |
| Kakao, | Pfd. | 88 „ |
| ¼ Pfd. guten Tee | | 30 „ |
| weiße Bohnen | „ | 18 „ |
| fetten Speck | „ | 85 „ |
| 2 Pfd.-Dose Erbsen | | 40 „ |
| 2 „ gem. Gemüse | | 55 „ |
| 2 „ Bruchspargel, kurz | | 55 „ |
| Kronsbeeren | Pfd. 30 u. | 35 „ |
| „ 10 Pfd.-Eimer | | 2.90 Mk. |

**Fleischwaren billigst!**
Massenumsatz in Margarine.
sehr schöne Margarine Pfd. 50 Pf., 2 Pfund 95 Pf.
5 Pfd. Marmelade m. Eimer 1.20 Mk.
frische ruff. Meiereibutter Pfd. 1.15 Mk.
Grosse Partien Käse.
Harzer Käse 10 Stück 20 Pf.
ff. Limburger Pfd. 48 „

**Otto Burckhardt**
Hüxstraße 42.

---

| | | |
|---|---|---|
| Kirschsaft | Flasche | 35 u. 45 Pf. |
| 11 Eier | | 60 Pf. |
| Ia. Holländer Käse | Pfund | 88 Pf. |
| Schweizer Käse | - | 60 Pf. |
| Tilsiter Fettkäse | - | 60 Pf. |
| Guter Tilsiter | - | 50 Pf. |
| Pikanter Käse | - | 40 Pf. |
| Holsteiner Käse | - | 25 Pf. |
| Schinken, in Stück | - | 120 Pf. |

**Ed. Speck, Hüxstraße 80.**

---

Empfehle
**sämtliche Wurst- und Fleischwaren**
in bester Qualität
**Oscar Keil**
Schlachterei u. Wurstmacher. m. elektr. Betrieb
Fernsprecher 1447
Schwartauer Allee 65, Ecke Westhoffstr.

---

# Neues Geschäftslokal
## Modernes Lager

Bevor Sie ihren Bedarf decken, bitte meine Schaufenster zu beachten!

**Grosse Auswahl**
**fertiger Herren-Garderoben, Unterzeuge, Wäsche und Schlipse.**
**Arbeitsgarderoben** in bekannter guter Qualität.
**Ausrüstungen für jedes Gewerk.**

Streng reelle Bedienung. Feste Preise.

# S. Baruch
jetzt Holstenstraße 13—15.

---

# Ein Waggon
**Porzellan-Tassen** soeben eingetroffen.

1000 Dtzd. Tassen pr. St. 15 Pf. | 100 Dtzd. Tassen, dekoriert pr. Stck. 20 Pf.
500 Dtzd. Tassen mit Goldrand 20 Pf. | 100 Dtzd. Frühstückstassen 25 Pf.

**Neu! Kindersportwagen**
6.50, 7.25, 8.50, 10 bis 25 Mk.

**Picknick-Dosen**
48, 65, 90 Pf. bis 1.00 Mk.

# Riesen-Bazar.
Breitestraße 33. Pietro Cagna. Breitestraße 33.

---

**Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.**
Sonntag den 13. Mai:
**Ausflug**
2,30 nachm. Abfahrt mit der Hafenfähre nach Schwartau und dann zu Fuß nach
Pariner Berg.
Vereinsarzt: Dr. med. Mueller. Bäckerstraße 1. Fernspr. 933.
Karlshof
Licht-, Luftbäder und Spielplatz.
Restauration stets geöffnet.

---

**Hansa-Theater**
Gastspiel des Max Samst-Ensemble.
Heute zum vierten Male:
**Verlorene Mädchen.**
Berliner Sens.-Sittenbild in 5 Akten von E. Pondens.
Hierauf: **Zapfenstreich.**
Parod. Gesangs-Posse in 1 Akt (nach Beyerleins Original) von Busse.
**Sommerpreise.**
Vorverkauf in Sagers Zigarrengeschäft und 11—1 Uhr an der Theaterkasse.
**Morgen Sonntag 4 Uhr.**
Kinder-Vorstellung: **Rotkäppchen.**
(Jeder Erwachsene hat das Recht, ein Kind frei einzuführen.)

---

**Wilhelm-Theater.**
Sonntag den 13. Mai. Anfang 8 Uhr.
**Großstadtluft.**
Schwank in 4 Akten von Blumenthal u. Kadelburg.
Gartenkonzert ab 6½ Uhr

---

**Stadthallen-Theater.**
Sonnabend den 12. Mai. Anf. 7½ Uhr.
**Eine Nacht in Venedig.**
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Preise: Loge 2 Mk., Orchestersitz 1.50 Mk., 1. Parkett u. Seitenloge 1.00 Mk., 2. Parkett und Balkon 0.75, Parterre 0.50 Mk.
Vorverkauf bei F. W. Kaibel und an der Stadthallentheaterkasse.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt.
Verleger: Theodor Schwartz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 109 — Sonnabend, den 12. Mai 1906 — 13. Jahrgang.

## Heerschau.

K. Der Maientag, der Weltfeiertag des Proletariats, der Tag, an dem die unterdrückte Volksklasse stolz und kühn das Haupt erhebt und die herrschende Gesellschaft immer aufs neue an ihre Forderungen mahnt, die im Interesse der Volkswohlfahrt durchgeführt werden müssen, liegt hinter uns. Ein erhebender Tag, der durch seine aufrüttelnde Wirkung einen unauslöschlichen Eindruck auf Freund und Feind der modernen Arbeiterbewegung ausübt.

Spiegelt sich doch in der Maifeier der Kampf zweier Weltanschauungen wieder. Die innerlich brüchig gewordene bürgerliche Gesellschaft kämpft um Aufrechterhaltung und Anerkennung ihrer angemaßten Rechte gegen die junge, von Lebenskraft strotzende, aufwärtsstrebende neue Kultur, der Welt und Zukunft gehören werden.

Noch sind die Vertreter der alten Anschauung im Besitz der Gewalt und — sie nutzen sie aus. Rücksichtslos und brutal schwingen die „Herren vom Hause" die Hungerpeitsche über Tausende, die es wagen, einen eigenen Willen zu äußern. Man beschimpft verfolgt und bedroht die denkende Arbeiterklasse; die elendesten Verleumdungen und Verdächtigungen gelten unseren Gegnern als „geistige" Waffen, und trotzdem bricht sich der sozialistische Gedanke, der schon in vielen Millionen Herzen lebendig wirkt, mit Allgewalt Bahn.

Es ist die historische Aufgabe und Bestimmung des Proletariats, Grundstein und Träger der neuen Kultur zu sein. Der Sozialdemokratie ist die führende Rolle in diesem Kampfe zwischen alter und neuer Kultur zugefallen. Unter ihrem roten Banner werden die Schlachten gegen den sich enger und fester zusammenschließenden Gegner geschlagen! Immer ernster und hartnäckiger wird der Kampf, immer größere Kämpfermassen sind notwendig, um der Gesamtheit des Volkes die höchsten Güter, Freiheit und Recht, zu erobern.

Erfreulich ist es, daß in diesem sich immer mehr zuspitzenden Kampfe auch die Frauen und Mädchen des Proletariats nicht untätig abseits stehen. Von Jahr zu Jahr ist das wachsende Interesse der Frauen an den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen mehr und mehr zutage getreten. Auch die großartige Beteiligung der Frauen an der Maidemonstration zeigt das Erwachen derselben. Die letzte Mai-Heerschau hat das Bild der gemeinsamen Demonstration herrlicher und schöner denn je gestaltet. Nicht nur in den Städten, auch in kleinen, entlegenen Landorten haben die Frauen in größerer Anzahl an der Maifeier teilgenommen.

Und so ist es recht! Denn die Gedanken, die in dem Maifest der Arbeit pulsen, müssen gerade in den Herzen der Arbeiterfrauen, der doppelt Ausgebeuteten und Entrechteten, begeisterten Widerhall finden. Die Arbeitskraft der Frau wird mit Hungerlöhnen bezahlt; heute ist die Arbeiterin durch den Druck des Unternehmertums zur Schmutzkonkurrentin des Mannes und des Bruders geworden.

In heuchlerischen Salbadereien über die Heiligkeit des Familienlebens, der Ehe usw. ergehen sich die Interessenten der heutigen „göttlichen" Weltordnung, das hindert sie aber nicht, Mann, Weib und Kind der arbeitenden Klasse in ihr Sklavenjoch zu spannen. Das Leben gestaltet sich für die Proletarierin immer qualvoller; es ist nichts anderes, denn eine lange Kette von Trübsal und Leiden, denen meistens erst der Tod, der Freund und Erlöser der Armen, ein Ende macht. Wirtschaftliche und häusliche Pflichten und Sorgen bilden zumeist den Lebensinhalt der Arbeiterfrau. Doch auch als Staatsbürgerin hat sie die gleichen Pflichten wie der Mann; auch sie muß dem Staat und Gemeinwesen direkte und indirekte Steuern und Verbrauchsabgaben zahlen. Staat und Privatkapital bereichern sich durch ihre Arbeitskraft, und als Lohn dafür hat der heutige Staat sie aller Rechte beraubt.

Die Frau besitzt kein Wahlrecht, kein Mitbestimmungsrecht in Fragen, die für die Arbeiterin, die Hausfrau, die Mutter von größter Tragweite und Bedeutung sind.

Auflehnung, Empörung gegen so schamlose Entrechtung und Ächtung ist Pflicht aller Frauen des Proletariats. Die Sozialdemokratie ruft die Frau in ihre Reihen zum gemeinsamen Protest; Frauen, folgt dem Ruf! Die Frau, in der das sozialistische Bewußtsein wach geworden ist, demonstriert für Gleichberechtigung alles dessen, was Menschenantlitz trägt, für den Völkerfrieden, gegen den barbarischen, kulturvernichtenden Marinismus, und Militarismus, für das Wahlrecht der Frau und sie demonstriert als das geächtete, unterdrückte und entrechtete Weib.

Frauen, herbei! Agitiert und werbt in euren Reihen immer neue Kämpferinnen für die Sozialdemokratie!

„Und setzet ihr nicht das Leben ein,
Nie wird euch das Leben gewonnen sein!"

## Politische Rundschau

### Deutschland.

**Ein Maulkorbgesetz für Stadtverordnete** hat am Donnerstag die Stadtverordnetenversammlung zu Magdeburg in geheimer Sitzung geschaffen. Auf Antrag des „Rechtsausschusses" wurde folgender Zusatz zur Geschäftsordnung beschlossen: „Wer die Ordnung und Ruhe stört, kann bei mehrmals wiederholten Zuwiderhandlungen für bestimmte Zeit oder für die Dauer der Wahlperiode aus der Versammlung ausgeschlossen werden, wenn zwei Drittelle der Anwesenden in diesem Beschlusse übereinstimmen. — Zuwiderhandlungen, die länger als drei Monate zurückliegen, bleiben außer Betracht. Der Beschluß erfolgt ohne vorgängige Verhandlung. Jedes Mitglied kann Vorschläge wegen Verhängung der Ausschließung, wegen der Dauer der letzteren und wegen Ausführung des Beschlusses machen; eine Begründung dieser Vorschläge darf nicht stattfinden. Die Versammlung kann auch ohne Verhandlung mit einfacher Stimmenmehrheit die Vorschläge dem Rechtsausschusse zur Vorberatung überweisen. Ebenso genügt einfache Mehrheit für die Beschlüsse über die Dauer der Ausschließung und die Ausführung des Beschlusses." Dieser Beschluß richtet sich gegen die bei der letzten Wahl gewählten Sozialdemokraten. Er zeigt die bürgerlichen Mitglieder des Kollegiums, die ihn faßten, auf der ganzen stolzen Höhe ihrer „Gerechtigkeit". Wenn ihnen die Reden der Sozialdemokraten unbequem werden; wenn deren Kritik gar zu sehr ins Schwarze trifft und das empfindliche kapitalistische Gemüt der Bürgerlichen verletzt, dann ist das eine „Störung der Ordnung", für die man sie einfach hinauswirft aus der Vertretung, in die das Vertrauen zahlreicher Wähler sie entsandt hat. Begründen brauchen sie solche Anträge nicht, verhandelt soll darüber nicht werden. Die Sache ist also sehr einfach. Jeder beliebige Stadtverordnete, der sich geärgert hat, stellt einen Antrag, und man beschließt, den „Störenfried" hinauszuwerfen. Natürlich sind die Herren, die dieses Attentat gegen Magdeburger Wähler begangen haben, auch „liberal".

### Rußland.

**Gapons Ende.** Die Redaktionen der großen Petersburger Blätter haben folgendes Schreiben erhalten: Das Arbeitergericht hat festgestellt: 1. Daß Georg Gapon, nachdem er im Dezember 1905 nach Petersburg zurückgekehrt war, mit Witte in Verbindung trat, daß er eine Reihe von Zusammenkünften mit dem früheren Direktor des Polizeidepartements Lopuchin und dessen Gehilfen Ratschkowsky gehabt hat, daß er mit dem Leiter der Petersburger Geheimpolizei Gerassimoff unterhandelt hat. Diese Personen versprachen ihm ihren Beistand bei Wiedereröffnung der Abteilungen seines Verbandes, wenn er ihnen erzähle, was er von der Revolution und den Revolutionären wisse. Gapon erzählte. 2. Um den 28. Januar 1906 schrieb Gapon einen Brief an den Minister des Innern Durnowo, in dem er seine frühere revolutionäre Tätigkeit und die Vorgänge vom 22. Januar 1905 leugnete. Dieser Brief wurde durch Ratschkowsky übergeben. 3. Georg Gapon erhielt von Ratschkowsky und Gerassimoff den Auftrag, die Verschwörungen gegen den Zaren, gegen Witte und Durnowo auszukundschaften und zu verraten. Er nahm es auf sich, einen seiner Anhänger zu „verführen". Er suchte ihn zu überreden, 25 000 Rubel für die Entdeckung einer Verschwörung zu nehmen, für drei Verschwörungen könne man 100 000 Rubel verdienen. Im Namen Ratschkowskys garantierte Gapon dem Verräter volle Sicherheit für den Fall, daß sein Verrat entdeckt werden sollte. 4. Georg Gapon wurde am 3. November 1905 amnestiert. Das wußte er, trat aber mit der Regierung in Verbindung, erhielt von ihr Geld und einen falschen Paß auf den Namen Grebnitzky. Für kurze Zeit ging er nach dem Auslande. Nachdem er im Dezember 1905 zurückgekehrt ist, wohnte er mit diesem Passe in Petersburg und erklärte den Arbeitern, er sei gezwungen, illegal zu wohnen, da die Regierung ihn verfolge. 5. Seinen Einfluß auf den Arbeiter Tscheremuchin mißbrauchend, gab ihm Gapon einen Revolver und verleitete ihn zu schwören, daß er den Arbeiter Petroff töten werde, der eine Reihe von Tatsachen veröffentlichte, die über das Verhältnis Gapons zur Regierung Licht verbreiteten. Tscheremuchin erschoß sich aber mit diesem Revolver selber und zwar in einer Sitzung, in der Gapon den Vorsitz führte. 6. Außer den 10 000 Rubeln, die Gapon für die in England veröffentlichte Schilderung der Vorgänge des 22. Januar erhielt, bekam Gapon im Sommer 1905 von einer Privatperson 50 000 Franken für die Arbeitersache. Dieses Geld war den Arbeitern nicht übergeben. Der überführte Gapon gestand das alles selbst, erklärte aber, er hätte das zur Verwirklichung einer „Idee" gemacht, die er dabei gehabt hat. Georg Gapon ist ein Verräter, agents provocateur und hat Arbeitergeld unterschlagen, er hat das Andenken und die Ehre der am 22. Januar 1905 gefallenen Genossen geschändet. Georg Gapon ist zum Tode verurteilt. Dieser Spruch ist ausgeführt worden. Mitglieder des Gerichts.

## Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote".

Berlin, den 10. Mai 1906.

99. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Frhr. v. Stengel.

Die zweite Beratung der Erbschaftssteuer wird fortgesetzt beim § 12, der die Sätze der Skala enthält. Hierzu liegen die inhaltlich bereits mitgeteilten Anträge (Antrag und Eventualantrag) Albrecht u. Gen. (SD.) auf Ausdehnung des Kreises der steuerpflichtigen Personen, Erhöhung der Steuersätze und Wegfall der in der Kommissionsfassung enthaltenen Privilegien vor.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel: Ich verzichte darauf, erneut die Gründe vorzubringen, die gegen die sozialdemokratischen Anträge sprechen. (Lachen b. d. Soz.) Ich bitte um Annahme der Kommissionsbeschlüsse und Ablehnung der Anträge Albrecht.

v. Savigny (Z): Ich spreche hier nur in meinem Namen, da innerhalb meiner Fraktion die Ansichten auseinandergehen. Ein Teil meiner Freunde, darunter auch ich, betrachten Sätze von 25 Proz. als direkte Konfiskation. (Lebh. Zustimmung rechts.) Ferner sind einige meiner Freunde für Herabsetzung der Steuersätze für Geschwister. Vielleicht empfiehlt sich bis zur Erzielung einer Einigung Aussetzung der Beratung. Ich für meine Person kann nicht für den Paragraphen stimmen, ehe nicht wesentliche Abänderungen vorgenommen sind. Im übrigen wird die

---

## Im Banne des Spiritismus.

Zeitroman von Friedrich Thieme.

7. Fortsetzung. — Nachdruck verboten.

Der Vater Annas bestätigte in allen Stücken die Aussage seiner Tochter, soweit er von den einzelnen Punkten Kenntnis besaß. Vor allem das Benehmen des zweiten Gastes dünkte ihm von vornherein verdächtig, sein Verhalten im Augenblicke des Eindringens der durch den Schuß alarmierten Bewohnerschaft schloß jeden Zweifel seiner Schuld aus.

Staatsanwalt Stobäus stimmte ihm bei.

„Die Tür des Toten war von innen verriegelt, als Sie heraufkamen?" fragte er im Anschluß an die Aussagen des Zeugen. „Wer, meinen Sie, hat den Riegel vorgeschoben?"

„Zweifellos Herr von Tillo selbst. Wer in einem Hotel logiert, schläft selten bei offener Tür — und dann hätte sich auch der Mörder wohl kaum die Mühe genommen, den schweren Schrank abzurücken, wenn er durch die unverschlossene Tür ins Zimmer hätte dringen können."

„Ja, ja, der Schrank", murmelte Stobäus leise und nachdenklich.

Von den Aussagen der übrigen Zeugen brachte nur diejenige des Hausburschen ein bemerkenswertes Moment in die Untersuchung. Der Mörder, betonte er, habe sich angelegentlichst nach dem Zimmer des Toten erkundigt, und am Schlüsselloch eine zeitlang gehorcht. Auch habe er keinerlei Anstalten zum Auskleiden getroffen, ja anscheinend habe er sich überhaupt nicht ausgekleidet oder zu Bett gelegt, denn als man ihn später ergriff, trug er noch dieselbe Kleidung wie bei seiner Ankunft.

Der Inquirent horchte auf.

„Er war noch völlig angekleidet, als Sie ihn verließen?"

„Jawohl," erwiderte der Hausbursche, und setzte nach einer kleinen Pause hinzu: „Ich glaube, er hat sich garnicht niedergelegt."

„Sein Bett zeigt aber doch Spuren der Benutzung", warf der Staatsanwalt achselzuckend ein. „Allerdings kann er sich zum Schein eine Weile hingelegt haben. Auffälliger erscheint mir der Umstand, daß er bereits fertig angekleidet war, als man ihn zuerst überraschte. Treten Sie ab, und Sie", befahl er dem Gendarm, „holen mir sofort den Verhafteten herbei. Ich will doch hören, was er zu sagen hat."

Langsam ging er im Zimmer auf und ab, mit Spannung der Ankunft des Arrestanten wartend. Wenige Augenblicke später erschien dieser, von dem Gendarmen und seinen Wächtern begleitet.

Ueberrascht ließ der Beamte seinen Blick auf der edlen und stolzen Erscheinung haften. Die Aehnlichkeit mit dem Toten fiel ihm sofort ins Auge, das war aber auch das einzige, was besonders auffällig zu wirken geeignet war. Sonst zeigte sich nichts Befremdendes in dem Wesen des Gefangenen, was nicht die außergewöhnliche Lage, in der er sich befand, vollkommen erklärt hätte. Sicheren Schrittes trat er bis in die Mitte des Gemaches, er schlug weder die Augen zu Boden, noch schaute er den Beamten trotzig und herausfordernd an. Seine Haltung erschien ruhig und fast würdevoll, nur seine Stimme klang laut und erregt, als er beim Anblick des Staatsanwalts ausrief:

„Sie erlauben mir wohl, Herr Staatsanwalt, daß ich mich gegen die abgeschmackten Beschuldigungen verantworten darf, welche die Leute hier —"

Stobäus winkte ihm zu schweigen.

„Sie werden Gelegenheit erhalten, zu sprechen, mein Herr; deshalb sind Sie ja hier. Wie lautet Ihr Name?" frug der Staatsanwalt.

„Arthur von Tillo."

„Also doch, Tillo — Sie sind mit dem vergangene Nacht ums Leben gekommenen Siegfried von Tillo verwandt?"

„Er ist mein Kousin."

„Und wie alt sind Sie?"

„Siebenundzwanzig Jahre."

„Sie wohnen in Berlin?"

„Ich verwalte das meiner Tante, der Mutter meines unglücklichen Kousins gehörige, im Norden der Provinz Brandenburg belegene Rittergut Tolzen."

„Sie sind demnach Landwirt?"

„Agronom, ja. Ich habe in Halle und Göttingen studiert."

„Nun wohl, Herr von Tillo — Sie wissen, was hier vorgegangen ist. Ein blühendes Menschenleben ist in geheimnisvoller Weise vernichtet worden; wie es geschehen, weiß niemand als Gott und Sie allein. Entweder ist der arme junge Mann ermordet worden, oder er hat die Waffe gegen die eigene Brust gekehrt. Sie behaupten das letztere, alle Anzeichen sprechen für das erstere. Wenn gegen Sie ein schwerer Verdacht entstanden ist, so müssen Sie dafür die eigentümlichen Umstände verantwortlich machen, unter denen Sie betroffen worden sind. Sie werden einsehen, daß ich in Erfüllung meiner Pflicht diesem Umstande Rechnung tragen muß, denn es handelt sich um das furchtbarste Verbrechen, das die menschliche Gesellschaft und das Gesetzbuch kennen."

„Ich weiß es und kenne Ihre Pflicht."

„Und wie wollen Sie alle die sich so sonderbar ineinander fügenden Momente erklären?"

Arthur von Tillo erwiderte ohne Zögern: „Durch ein Zusammentreffen unglücklicher Verhältnisse, Herr Staatsanwalt. Wenn Sie mich anhören wollen, so wird Ihnen das scheinbar Seltsame bald verständlich werden."

„Sprechen Sie, ich erwarte Ihre Erklärung."

Stobäus nahm auf einem Stuhle neben dem Tische des Gerichtsschreibers Platz und richtete seine Augen mit for-

Abstimmung über die Stellung meiner Freunde Klarheit schaffen. (Beifall bei einem Teil des Zentrums.)

Westermann (NL.): Die an sich berechtigten Bedenken des Herrn v. Savigny müssen gegenüber dem großen Werke der Reichsfinanzreform zurücktreten. Die sozialdemokratischen Anträge lehnen wir ab. Wir betrachten große Vermögen als soziale Notwendigkeit. Wir stimmen für die Kommissionsfassung.

v. Gerlach (FVg.) beantragt Einführung einer Nachlaßsteuer, die bei Nachlassen im Werte von über 10 000 Mk. mit ¼ Proz. beginnen und bis zu 1 Proz. (bei Nachlassen von einer Million und darüber) steigen soll. Die Diskussion über diesen Antrag wird mit der über § 12 der Erbschaftssteuer verbunden.

Dietrich (K.): Ein großer Teil meiner Freunde teilt die Bedenken des Herrn v. Savigny und ist prinzipiell gegen jede Besteuerung der Erbschaften. Die vorgeschlagenen Sätze sind enorm; wir erreichen mit ihnen den Weltrekord. Die Besteuerung des immobilen Kapitals in dieser Höhe wäre geradezu ein nationales Unglück. Die Abgeordneten Bernstein und v. Gerlach würden allerdings einen solchen Aderlaß mit Freuden begrüßen. In unseren Augen aber ist der Großgrundbesitz eine Notwendigkeit gerade für die mittleren und kleineren Besitzer. (Gr. Heiterkeit links.) Ich und ein Teil meiner Freunde werden jedoch die Bedenken schweigen lassen und — natürlich unter Ablehnung aller weitergehenden Anträge — für die Kommissionsfassung stimmen. Ein anderer Teil lehnt die Erbschaftssteuer prinzipiell ab und zieht Erhöhung der Matrikularbeiträge vor. (Beif. b. d. Kons.)

Dr. Wiemer (FVp.): Als Gegnern der indirekten und Anhängern der direkten Reichssteuern ist uns die Erbschaftssteuer die einzig sympathische Steuer aus dem ganzen Steuerbukett. (Beifall links.) Wir erblicken in ihr den ersten Schritt zur Sanierung unserer ganzen Steuergesetzgebung. Nach dem Reichsschatzsekretär freilich ist die Erbschafts- wie auch die Tantiemensteuer eine indirekte Steuer, weil sie auf Veranlagung beruht. Nach dieser Logik ist jede Steuer, auch die Einkommensteuer, eine indirekte, denn auch die Einkommensteuer beruht auf Veranlagung. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) In Preußen steht die Erbschaftssteuer allerdings im Etat der indirekten Steuern. Diese Tatsache könnte ja als Argument für die Forderung aufgeführt werden, daß Preußen zugunsten des Reichs auf die Erbschaftssteuer verzichten muß. (Sehr gut! links.) Denn nach dem Schatzsekretär gehören die direkten Steuern den Einzelstaaten, die indirekten dem Reiche. Darnach muß auch die Nichtbesteuerung der Landesfürsten wegfallen, denn die Befreiung von indirekten Steuern steht ihnen nicht zu. (Sehr gut! links.) — Wir sind, wie gesagt, für die Reichserbschaftssteuer. Es führt zu Ungerechtigkeiten, daß das Erbschaftsrecht reichsgesetzlich geregelt ist, die Besteuerung aber durch die Einzelstaaten und ungleichmäßig erfolgt. Wir wollen eine Erbanfallsteuer und keine Erbmassensteuer; wir haben die auf die Einführung der letzten Steuerart zielenden sozialdemokratischen Anträge in der Kommission abgelehnt und lehnen auch den in gleicher Richtung sich bewegenden Antrag v. Gerlach auf Einführung einer Nachlaßsteuer ab. Wir können und wollen von unserem individualistischen Standpunkte aus nicht die Hand dazu bieten, daß die Erbschaftssteuer im sozialistisch-kommunistischen Sinne zu Konfiskationszwecken benutzt wird. Die Ausdehnung der Steuer auf Deszendenten und Ehegatten ist keine Prinzipienfrage, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage. Die Bedenken, die dagegen sprechen, sind für uns so schwerwiegend, daß wir den sozialdemokratischen Antrag auf Einbeziehung der Ehegatten und Deszendenten ablehnen. Wir wollen keine Steuern auf Vorrat bewilligen. — Andererseits liegt für uns kein Grund vor, Anfälle an Kirchengesellschaften zu bevorzugen und damit die Anhäufungen der Kapitalien zur toten Hand noch weiter zu begünstigen. Ebensowenig billigen wir die Steuerfreiheit der Landesfürsten und die unbillige Bevorzugung des durch die Zollpolitik gerade schon genug begünstigten Großgrundbesitzes. Die Herren von der Rechten freilich, die immer bereit sind, Handel und Industrie zu belasten, singen das altbekannte Lied vom nationalen Unglück, wenn der Großgrundbesitz in gleicher Weise wie andere Schichten zur Steuerleistung herangezogen werden soll. Hoffentlich erhält die Vorlage eine Gestalt, die uns ermöglicht, ihr zuzustimmen. (Bravo! bei den Freis.)

Lattmann (Wirtsch. Vg.): Gegen hohe Besteuerung der großen Erbschaften ist nichts einzuwenden, namentlich wenn krankhaft veranlagte Leute ihr Vermögen gewissen Parteiführern vermachen. (Heiterkeit rechts.) Dagegen bedeutet der sozialdemokratische Antrag, auch kleine Erbschaften unter Deszendenten und Ehegatten zu besteuern, einen geradezu brutalen Eingriff in das Familienleben. (Lebh. Beif. b. d. Wirtsch. Vg.)

Dr. Spahn (Z.) befürwortet die Kommissionsbeschlüsse. Wir wollen etwa ein Viertel von dem erheben, was in Frankreich und England erhoben wird. Wie kann man da von Konfiskation sprechen? (Sehr richtig! links.) Für sehr viele Erben bedeutet die Erbschaft einfach einen unverdienten Vermögenszuwachs. Und wie kann man davon sprechen, daß die Landwirtschaft besonders hart getroffen werde, da doch der landwirtschaftliche Besitz nur zu drei Viertel seines Wertes besteuert werden soll? (Lebh. Hört, hört! links.) Und die Steuer ihm auf 10 Jahre zinslos gestundet wird? (Erneutes Hört, hört! links.) Auch ist ausdrücklich im Gesetze vorgesehen, daß niemals auf Grund einer nicht bezahlten Erbschaftssteuer zur Subhastierung landwirtschaftlicher Grundstücke geschritten werden darf. (Hört, hört! links.) Nicht die Landwirtschaft wird die Masse der Steuer tragen, sondern das mobile Kapital. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) — Die Kommission hat etwa ein Drittel der zur Deckung des Defizits erforderlichen Summen auf Verbrauchsabgaben, ein Drittel auf Verkehrsabgaben und ein Drittel auf die Erbschaftssteuer gelegt. Die Anträge Albrecht und v. Gerlach sind für uns unannehmbar. Die verbündeten Regierungen werden hoffentlich die Erbschaftssteuer auch ohne Bindung der Matrikularbeiträge auf 24 Millionen zustimmen. Denn diese Bindung ist meiner Partei unannehmbar. (Bravo! im Zentrum.)

v. Gerlach (FVg.): Die ganze Finanzreform ist von agrarischem Geiste durchtränkt. Die Fahrkartensteuer entspricht so ganz dem Schelten im Zirkus Busch gegen die „Reisemeierei" und die wüste Agitation des Bundes der Landwirte gegen die Deszendentensteuer hat es fertig gebracht, daß Zentrum und Nationalliberale, die anfangs für diese Steuer waren, unter Berufung auf die angebliche Volksstimmung umgefallen sind. Wenn ein Vorredner darum die Deszedentensteuer ablehnte, weil man keine Steuern auf Vorrat bewilligen dürfe, so ist ja bei der dritten Lesung die schönste Gelegenheit gegeben, an den anderen Steuern Abstriche vorzunehmen. Schon deshalb ist die Dekzendentensteuer empfehlenswert, weil sie ein ausgezeichnetes Mittel der Kontrolle über die Einkommensdeklarationen bietet. Alle Drückeberger müssen Angst davor bekommen, daß ihre Defraudationen nach ihrem Tode herauskommen. In meinem Wahlkreise sind die kleineren und mittleren Besitzer durchaus für die Deszendentensteuer; nur die reichen Grundbesitzer, die sich so gern als notleidend aufspielen, sind dagegen. Die Unteilbarkeit des Großgrundbesitzes liegt keinesfalls im Interesse der nationalen Wohlfahrt; auch eine so große Anzahl Rentiers, wie Frankreich sie besitzt, ist keineswegs erwünscht. Viel besser ist's, wenn das Einkommen aus der Arbeit sich erhöht. Ich habe mit Absicht in meinem Antrage die Steuersätze so niedrig bemessen, damit niemand, der im Prinzip für die Nachlaßsteuer ist, etwa an ihrer Höhe sich stoßen könnte. Zeigen Sie durch Annahme meines Antrages den Arbeitern, daß auch die herrschenden Klassen Opfer für die Reichsfinanzreform zu bringen gewillt sind. (Beifall links.)

Hilpert (Bayr. Bauernb.) hofft, daß in der Tat die Landwirtschaft weniger betroffen werde, als das mobile Kapital, und behält sich seine endgültige Stellungnahme für die dritte Lesung vor.

Bernstein (SD.): Wir kennen sehr wohl den Unterschied zwischen mobilen und inmobilem Kapital; der Unterschied ist aber nicht derart, daß er uns veranlassen kann, offenbaren Steuerprivilegien für den Grundbesitz unsere Zustimmung zu geben. Auch wir sind damit einverstanden, daß in den Fällen, wo die Eintreibung der Steuer mit Härten verbunden wäre, eine Stundung auf 10 Jahre hinaus gewährt wird. Es ist durchaus nicht überall zutreffend, daß der mobile Besitz leichter versilbert werden kann als der Grundbesitz. Man sollte auch nicht immer darauf hinweisen, daß England so viel mehr große Vermögen hat als Deutschland. Denken Sie nur an die horrenden Einkünfte aus Kohlen- und Kalibergwerken. (Sehr richtig! b. d. Soz.). Gegenüber Dr. Wiemer will ich bemerken, daß die Annahme aller unserer Anträge in keiner Weise das Fundament der bürgerlichen Gesellschaft lockern wird. In England ist die Erbschaftssteuer, wie wir sie wünschen, von der liberalen Mehrheit eines Parlaments eingeführt worden, in welchem auch nicht ein Sozialdemokrat saß. Unser Antrag ist nicht kommunistisch, sondern liberal-demokratisch. Stichhaltige Gründe gegen unsere Anträge sind nicht angeführt worden. Ich bitte daher erneut um ihre Annahme, sowie um die Annahme des Antrags Gerlach. (Bravo! b. d. Soz.).

Gothein (FVg.) polemisiert unter großer Unruhe des Hauses, namentlich der Rechten, gegen Angriffe, die an den voraufgegangenen Tagen von Mitgliedern der Mehrheit an an ihn gerichtet sind. — Die Bedenken gegen den Antrag Gerlach lassen sich dadurch beseitigen, daß durch Anrechnung der Nachlaßsteuer auf die Erbschaftssteuer eine Doppelbesteuerung vermieden wird. (Beifall links.)

Dietrich (K.) polemisiert unter lebhaftem Beifall der Rechten persönlich gegen den Abg. Gothein.

Gothein (FVp.) repliziert auf die Angriffe.

Hiermit schließt die Debatte.

Der Antrag und der Eventualantrag Albrecht (SD.) werden abgelehnt.

§ 12 in der Kommissionsfassung wird in namentlicher Abstimmung mit 210 gegen 40 Stimmen bei 8 Stimmenenthaltungen angenommen.

Der Antrag v. Gerlach wird abgelehnt.

Die Paragraphen 1 bis 11 werden debattelos angenommen.

Als § 11a beantragt Abg. Bockelmann (Rpt.) die Einfügung einer Bestimmung, wonach Schenkungen nur dann der Erbschaftssteuer unterliegen solle, wenn sie innerhalb der letzten zwei Jahre vor dem Tode des Erblassers gemacht sind. Ferner sollen nach dem Antrag Bockelmann unbeurkundete Schenkungen frei bleiben.

Direktor im Reichsschatzamt Kühn, Abg. v. Gerlach (FVg.), Abg. Dr. Wiemer (FVpt.) und Abg. Dr. Zehnhoff (Z.) bitten um Ablehnung des Antrags. Ohne Schenkungssteuer werde die Erbschaftssteuer sehr wenig einbringen.

Der Antrag Bockelmann wird gegen einen Teil der Rechten abgelehnt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. (Rest des Erbschaftssteuergesetzes und Mantelgesetz.)

Schluß 6 Uhr.

## Soziales und Parteileben.

**Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben.** Die Maiausgesperrten der Berliner Metallindustrie sind, mit Ausnahme der Werke der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, jetzt fast sämtlich wieder eingestellt worden. — Anläßlich der Hafenarbeiteraussperrung in Swinemünde wurden dort neuerdings sieben Hafenarbeiter verhaftet. — Die Bielefelder Stellmacher sind im Ausstand. — Die ausgesperrten Braunschweiger Metallarbeiter beschlossen, das Angebot, welches die Unternehmer der Kommission gemacht haben, nicht anzunehmen. Die Einigungsverhandlungen sollen fortgesetzt werden. — Die Aussperrung der Leipziger Holzarbeiter ist in der Hauptsache mit einem Erfolge der Arbeiter beendet. — Drei große Dampfbuchbindereien in Leipzig entließen 700 Arbeiter, weil diese eine Arbeit für Berliner Firmen verweigerten, die anläßlich der Maifeier Aussperrungen vornahmen. Die Entlassungen drohen einen großen Umfang anzunehmen. — In Wien und Umgegend ist eine Aussperrung der gesamten Bauarbeiter in Sicht. — Der Generalstreik in Turin ist nach erfolgter Lösung der Streitfragen beendet. Dagegen ist in Bologna ein neuer Generalstreik ausgebrochen.

**Die Metallindustriellen** sind am 10. Mai in Berlin zu einer Generalversammlung zusammengetreten. Zweifellos werden sie es sich noch recht eingehend überlegen, ob sie tatsächlich die Aussperrung vornehmen wollen.

**Klassenjustiz.** Eine weittragende Entscheidung für alle irgendwie organisierten Arbeiter hat das Berliner Kammergericht gefällt. Danach gilt die in den verschiedenen Werkstätten häufig vorkommende Erklärung eines Arbeiters, daß er mit einem bestimmten, anders organisierten oder unorganisierten Arbeiter zusammen nicht arbeiten wolle, als Verrufserklärung. Es tritt also in diesem Falle Bestrafung ein. — Was kann man in einem Klassenstaate auch anderes erwarten?

**In Breslau machen wir das so!** Genosse Redakteur Klühs wurde vom Breslauer Schöffengericht wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung in drei Fällen zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte eine Woche Gefängnis beantragt. Es handelt sich um Streiknotizen unter der Rubrik „Mitteilungen aus den Gewerkschaften" betreffend die Liegnitzer Hutfabrik, eine Schuhfabrik in Dresden und einige Schiffbauer-Streiks.

**Der Dichter Friedrich Schiller als Gutachter in Unfallsachen.** Dieser Tage ist vor dem Reichsversicherungsamt eine Unfallsache verhandelt, in der mit Erfolg Schiller gegen die unfallärztliche Annahme ins Feld geführt wurde, daß der Verletzte sich an Schädigungen, ja an Verluste von Gliedern völlig gewöhne. Ein Samthandweber zu Dülken hatte durch Betriebsunfall den rechten kleinen Finger verloren, wofür er 15 Prozent Rente erhielt, die ihm später von der Berufsgenossenschaft wieder entzogen wurde. Die Berufung beim Schiedsgericht war erfolglos. Der Verletzte wandte sich nun an das Reichsversicherungsamt, das ein Gutachten von dem Gewerberat Breda zu Krefeld einforderte. Dieser erstattete ein ausführliches Gutachten, worin gesagt ist: Die Frage des Reichsversicherungsamtes, welche Funktionen der kleine Finger der rechten Hand bei der Beschäftigung auszuüben habe, beantworte ich folgendermaßen: „die menschliche Hand ist bekanntermaßen ein feiner komplizierter Apparat und die scheinbar einfachsten Manipulationen sind, kinematisch betrachtet, sehr verwickelter Art. Deswegen läßt sich auch schwer auseinandersetzen, welche Funktionen gerade der kleine Finger an der rechten Hand bei der Beschäftigung des Klägers auszuüben hat. Es müssen vielmehr die Finger der rechten Hand als ein unteilbares Ganzes betrachtet werden. So läßt Schiller, der bekanntlich auch Mediziner war, seinen Wachtmeister in „Wallensteins Lager" sagen:

Zum Exempel, da hackt mir einer
Von den fünf Fingern, die ich hab',
Hier an der Rechten den kleinen ab.
Habt ihr mir den Finger bloß genommen?
Nein, beim Kuckuck, ich bin um die Hand gekommen!"

Das Reichsversicherungsamt hob das Urteil des Schiedsgerichts auf und erkannte dahin, daß dem Kläger eine zehnprozentige Rente zuzubilligen sei. — Wenn in Unfallsachen, so bemerkt der „Vorwärts" dazu treffend, endlich mit der

---

chender Spannung auf den schönen jungen Mann. Arthur begann:

„Mein Kousin und ich, Herr Staatsanwalt, sind zusammen aufgewachsen. Wir stehen beinahe im gleichen Alter, ich bin nur um ein weniges älter als er. Wir haben einander als Kinder sehr geliebt, ja waren gewissermaßen unzertrennlich, obgleich unsere Neigungen auseinandergingen. Siegfried schwärmte für die Musik, liebte alles Phantastische und Exzentrische. Ich lebte vor allem für die Natur; draußen in Wald und Feld herumzuschweifen war meine höchste Lust. Konnte es anders kommen, als daß die innere Divergenz (Auseinanderlaufen) mit dem zunehmenden Alter die äußere nach sich zog? Wir suchten nicht mehr so häufig einer des andern Gesellschaft, wir gerieten manchmal in Meinungsverschiedenheiten, ich schalt ihn einen Künstlernarren, er mich einen nüchternen Philister. Unsere Studien trennten uns vollends, und nur während meiner Besuche im Hause meiner Tante, der Freifrau v. Tillo, trafen wir noch hin und wieder zusammen."

„Verkehrten Sie häufig im Hause Ihrer Tante?" fragte hier der Staatsanwalt.

„Ich verlebte meine Jugend auf Schloß Hohenforst, dem Besitztum meines Onkels. Ich habe frühzeitig Vater und Mutter verloren und wurde von Onkel und Tante erzogen. Selbstverständlich brachte ich auch meine Schul- und Universitätsferien bei ihnen zu. Als Siegfried den Entschluß faßte, sich der Musik zu widmen, sprach ich dagegen. Ich hielt es für meine Pflicht, da ich ihm Talent zutraute, aber doch nicht genug, um ihn vor den herben Enttäuschungen und Demütigungen zu bewahren, die der Versuch der Geltendmachung eines halben Talents mit sich bringt. Durch meine Offenheit brachte ich sowohl Siegfried, als seine ihn über alles verehrende Mutter gegen mich auf. Sie hielt ihn und er sich für ein Genie, mich aber erklärten beide für undankbar, neidisch und hämisch, obgleich ich bei Gott im Himmel weit von dem allen entfernt war."

Der Staatsanwalt beobachtete fortgesetzt scharf das Geberdenspiel des Sprechers.

„Fahren Sie fort", rief er, als dieser eine Pause eintreten ließ.

Artur errötete lebhaft. Eine Verlegenheit, die er vergebens zu unterdrücken sich bemühte, hatte sich seiner bemächtigt. Stobäus blickte ihn verwundert an.

„Warum erzählen Sie nicht weiter?"

„Herr Staatsanwalt — ich muß nunmehr eine Person — doch was hilft es", erklärte er mit einem Seufzer, „ich muß Ihnen alles sagen. So vernehmen Sie denn, daß, während ich der einzige Sohn meines Vaters bin, mein Kusin noch eine Schwester besaß, Agnes von Tillo, ein ebenso schönes als edles Mädchen. Wir waren beide die Ritter ihrer Jugend, und wohl selten habe ich zwischen Bruder und Schwester ein innigeres Verhältnis angetroffen, als es zwischen Agnes und Siegfried bestand. Doch auch mich schätzte und liebte sie — um kurz zu sein, Herr Staatsanwalt, wir fanden allmählich, daß wir zusammengehörten, unsere Herzen fanden sich und ich hätte mich wohl bereits als den Bräutigam der jungen Dame betrachten dürfen, wenn nicht Siegfried, durch mich in seinem Künstlerstolz verletzt, sich gegen unsere Vereinigung gesträubt hätte."

„Sie waren also doch Feinde?" rief der Staatsanwalt betroffen aus, während der Gerichtsschreiber mit halb ironischem Lächeln murmelte: »Ou est le femme?« (Wo ist die Frau?), und verstohlen einen Bissen seines Frühstücks in den Mund schob.

„Feinde?" versetzte schmerzlich berührt der junge Mann. „Gott weiß, ich war nie sein Feind! Ich hatte schon lange vorher, als ich an seinen raschen Fortschritten erkannte, daß er doch weit mehr Talent besaß, als ich vermutet, meine einstigen Aeußerungen rückgängig gemacht, nur brachte ich es nicht fertig, ihm solche Elogen zu sagen, wie die Eitelkeit des Künstlers sie nun einmal verlangte. Meine Tante und Siegfried erblickten aber in meiner Schweigsamkeit, die nichts als die Zurückhaltung eines ruhigen Charakters war, immer nur den Ausdruck geheimer Eifersucht auf die höheren Talente Siegfrieds, trotzdem hätte die erstere aus Liebe zu ihrer Agnes, die mich zärtlich liebt, gewiß nachgegeben, wenn der Einfluß ihres Sohnes nicht für ihre Entschlüsse bestimmend gewesen wäre."

„Sie hat Ihnen aber doch die Verwaltung ihres Gutes übertragen?"

„Die Verwaltung von Polmen, ja. Aeußerlich stand ich mit ihr ja in ganz leidlichem Einvernehmen."

„Weiter."

(Fortsetzung folgt.)

verkehrten Praxis gebrochen würde, über die Höhe der Erwerbsbeschränkung mit der technischen Arbeit unvertraute Aerzte und statt dessen technische Sachverständige zu hören, so würden in zahlreichen Fällen die im Dienste der Arbeit Verletzten eher als heute zu ihrem Recht kommen. Auf so verständig und sozial urteilende Aerzte wie Schiller ist in Unfallsachen äußerst selten zu rechnen.

**Sieben Sünder wider die heilige Ordnung** des Klassenstaates standen am Dienstag geschlossen vor den Schranken des Landgerichts Magdeburg. Durch ein Flugblatt „Mahnwort an das preußische Volk" sollten die Genossen Holzapfel, Parteisekretär, Beihge, Druckereileiter, als Herausgeber und Drucker, und die Genossen Lackemacher, Königsfeld, Borgas, Vater und Haupt als Verbreiter dieses Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen einander angereizt haben. Das Urteil wurde noch nicht gesprochen. Es soll am nächsten Dienstag bekannt gegeben werden. Der Staatsanwalt hat gegen jeden Angeklagten sechs Wochen Gefängnis beantragt mit Ausnahme von Königsfeld, von er die Freisprechung für würdig hält. Der Staatsanwalt gab sich in seinem Plaidoyer keine Mühe, nachzuweisen, daß das Flugblatt eine Aufreizung enthalte. Er versuchte nur nachzuweisen, daß die Sozialdemokraten bewußt auf Gewalttätigkeiten hinarbeiten. Der Generalstreik sei die Stille vor dem Sturm, die letzte Ruhe vor Gewalttätigkeiten. Außer dem Herausgeber und dem Drucker behaupteten die Angeklagten, den Inhalt des Flugblattes nicht gekannt zu haben. Der Staatsanwalt setzte aber bei allen außer Königsfeld, voraus, daß sie den Inhalt gekannt hätten. Das sei bei der leitenden Stellung, die die Angeklagten in der Partei bekleiden, mit Bestimmtheit anzunehmen. Der Verteidiger, Genosse Rechtsanwalt Landsberg, hat Freisprechung beantragt, die aller Voraussicht nach erfolgen wird, da selbst der Staatsanwalt in seinem Plaidoyer nicht behauptet hat, daß das Flugblatt eine Aufreizung enthalte. Er nannte das Flugblatt nur eine gefährliche Haut, wenn sie in einen Boden voll Haß und Erbitterung falle, der aber systematisch vorbereitet werde. Es wird aber wohl alles vergebens sein.

**Nach Leipziger Muster!** Wie schon kurz gemeldet, kam am 8 Mai der große Sammel-Aufreizungsprozeß nach Leipziger Muster, den die Staatsanwaltschaft gegen das Erfurter Parteiblatt, die „Thüringer Tribüne" angestrengt hat, vor der dortigen Strafkammer zur Verhandlung. Die Anklage zählte drei Fälle von „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten" und drei Fälle von „Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen" auf. Angeklagt waren Genosse v. Lojewski in fünf und Genosse Klaue in einem Fall, während man das Hauptverfahren gegen die Genossin Zietz-Hamburg als Verfasserin eines Artikels abgelehnt und zwei der „Verächtlichmachungen" in eine zusammengezogen hatte. Der unglaubliche Prozeß hatte im ganzen Reiche politisches Aufsehen erregt, sodaß Spezialberichterstatter Berliner, Leipziger und Hamburger Blätter und Korrespondenzbureaux eingetroffen waren. Die „Tribüne" hatte tags vorher geschrieben: „Wir halten es für ausgeschlossen, daß sich Erfurter Richter finden werden, die den politischen Absichten des Staatsanwalts folgen und eine Verurteilung aussprechen werden . . ." Die Richter haben sich doch gefunden. Nach siebenstündiger Verhandlung wurden bekanntlich Genosse Lojewski zu acht Monaten Gefängnis, der Genosse Klaue zu einem Monat Gefängnis verurteilt. — Das sind die Kosten des Wahlrechtsfeldzugs des preußischen Proletariats! Der „Unfug" der Wahlrechtsdemonstrationen darf in Deutschland nicht geduldet werden, sagte Herr v. Oldenburg, und die deutschen Richter finden, daß Artikel, die zum Wahlrechtsfeldzug auffordern, strafbare Handlungen darstellen. Sie lesen ohne Schwierigkeit in die Artikel der sozialdemokratischen Presse die Aufforderung zu Gewalttätigkeiten hinein, sie erachten das Dreiklassenwahlrecht als ehrwürdige Staatseinrichtung, die man nicht verächtlich machen darf. Sie verurteilen von Rechtswegen, denn mit Hülfe der Kautschukparagraphen, die bei Vergehen der Aufreizung und der Verächtlichmachung in Betracht kommen, ist so ziemlich aus jedem lebhafteren Artikel der sozialdemokratischen Presse ein Verbrechen zu destillieren. Denn diese Presse ist ja wegen ihrer Tendenz von vornherein solcher Taten verdächtig. Das deutsche Proletariat weiß, daß der Wahlrechtskampf Opfer fordern muß. Es wird sie tragen und den Kampf wird es durchführen mit Zähigkeit und Energie. Die Erfurter Genossen aber, die zunächst Betroffenen, mögen wie die Breslauer, Leipziger und Dresdener Arbeiter auf diese Taten der Klassenjustiz mit einer machtvollen Steigerung der Abonnentenzahl des Parteiblattes und der Mitgliederzahl der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen antworten.

**Auch Genosse Klüß** von der „Bresl. Volkswacht" ist nunmehr aus der Haft entlassen worden und zwar auf Beschluß des Oberlandesgerichts.

**Wir marschieren!** Bei den Wiener Gemeindewahlen im vierten Wahlkörper eroberten die Sozialdemokraten vier Mandate von den Christlich-Sozialen und behaupteten ihre eigenen Mandate.

**Die Rüstung zum Massenstreik.** Angesichts der Schwierigkeiten, die sich der österreichischen Wahlreform neuerdings in den Weg stellen, ist die Gesamtexekutive unserer österreichischen Bruderpartei am Mittwoch zu einer wichtigen und unter Umständen folgenschweren Sitzung zusammengetreten. Alle sozialdemokratischen Abgeordneten, die Mitglieder der Gewerkschaftskommission und Vertreter der Industriegruppen waren erschienen, und sie beschlossen einmütig und einstimmig: Dem Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten wird zur Pflicht gemacht, jedem etwaigen Versuch, dem Parlament die sogenannten „Staatsnotwendigkeiten" abzulisten, während die Erledigung der Wahlreform hinausgeschoben wird, energischen Widerstand entgegenzustellen. Zugleich wird einstimmig der Gesamtexekutive der Partei die Vollmacht gegeben, bei dem ersten Zeichen, daß die Wahlreform ernstlich bedroht ist oder daß man sie über die Funktionsdauer dieses Parlaments hinaus verschleppen will, eiligst die Vertrauensmänner der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen aller Länder und Nationen zu einer Konferenz zusammenzuberufen, auf deren Tagesordnung die Anordnung und die Durchführung des Massenstreiks für die Wahlreform zu stehen haben. An die Vertrauensmänner sämtlicher Organisationen wird die dringende Aufforderung gerichtet: erstens mit Rücksicht auf den möglicherweise in kürzester Frist notwendigen politischen Kampf die Kräfte der Arbeiterschaft zu sparen und wirtschaftliche Einzelkämpfe wo immer möglich, zu vermeiden und vorläufig zurückzustellen; zweitens die Arbeiter aller Berufe überall darauf hinzuweisen, daß sie binnen kürzester Zeit zu dem ernsthaften Kampfe aufgerufen werden können und daß es nötig ist, daß sie unverzüglich die Vorbereitungen dazu treffen.

## Aus Welt und Leben.

**Für den preußischen Schuljammer** haben wir schon Belege beigebracht aus den Provinzen Preußen, Posen, Pommern, Schlesien, Brandenburg ꝛc. Leider macht sich auch in anderen Provinzen der Lehrermangel in höchst mißlicher und störender Weise bemerkbar. So ist beispielsweise, wie aus dem Kreise Querfurt berichtet wird, die eine der beiden Lehrerstellen in Wedderstedt vom 1. April 1905 ab, also seit nunmehr 13 Monaten, unbesetzt. Die Schüler beider Klassen der Schule werden seitdem von einem Lehrer unterrichtet! Den Schaden trägt die heranwachsende Jugend. Denn selbst die beste Lehrkraft kann bei der größten Anstrengung das einzelne Schulkind nicht so intensiv unterrichten, wie dies im Interesse des Kindes läge. Dabei wurde Preußen einmal das „Land der Schulen" genannt! Sonderbare Schwärmer, die es jetzt noch tun!

**Polnische Helden.** Herr Korfanty, der radikalpolnische Reichstagsabgeordnete für Kattowitz-Zabrze, hat, wie er mit stolzer Genugtuung in seinem Blatte erzählt, einen Parteigenossen, den Herausgeber des „Gornoslazak", Herrn Piechullek, mit einer Hundepeitsche „gezüchtigt", weil letzterer es zugelassen haben soll, daß Korfantys Frau von einem Dritten durch einen Artikel im „Gornoslazak" angeblich beleidigt wurde. Die Beleidigung soll darin bestehen, daß dieser Dritte, ein Kattowitzer Kaufmann Czyklidi, der zuerst von Korfanty provoziert wurde, die Behauptung aufstellte, Korfantys Frau sei bei Barasch Verkäuferin gewesen, wobei Korfanty die weitere Bemerkung, daß es im Warenhause Barasch nur „Auslese", das heißt minderwertige Ware gebe, auch auf seine Frau gemünzt ansah und nun diese in ihrer „heiligsten Frauenehre" gekränkt erklärte. Warum der Redakteur Korfanty dann den Redakteur Piechullek und nicht den eigentlichen „Beleidiger" „züchtigte", erscheint zunächst unverständlich, wie die ganze Ehrenaffäre einfach lächerlich, als ein rechtes Dummenjungenstück erscheint. Die Erklärung für Korfantys rohes und lächerliches Verhalten findet sich aber vielleicht in seiner Wut darüber, daß Piechullek den „Gornoslazak" an Korfantys gefährlichen Feind Napieralski verkauft und so Korfanty um die Früchte seines Vorgehens und seiner Hoffnung schmählich betrogen hat. Nach einer anderen Darstellung ist Korfanty weniger glimpflich davongekommen. Eine an die „Kattowitzer Zeitung" gerichtete Zuschrift, anscheinend eines Augen- und Ohrenzeugen, gibt noch folgende delikate Ergänzung: „Unser Kattowitzer Stolz ging zu Piechullek, dem „Gornoslazak", Leiter und hieb ihn durch. Piechullek spuckte sich darob in die Hände und kleisterte dem Mitgliede des hohen Hauses der Abgeordneten einige Maulschellen auf. Korfanty machte darauf Kehrt und rannte weg." Es muß ein erhebendes Schauspiel gewesen sein, wie diese beiden „Retter" des polnischen Volkes sich ihre gegenseitige Hochachtung durch „schlagende" Beweise bezeigten.

**Mord und Selbstmord.** In Berlin erschoß Dienstagabend der 34 Jahre alte Buchhalter Erdmann Kasimir von Nawrocki die geschiedene und verwitwete Hausbesitzerin Frau Hedwig Rohls, geb. Tasche, in ihrem Hause Grausstraße 42 vor der Korridortür ihrer Wohnung. Nawrocki selbst verwundete sich durch einen Schuß in die Schläfe so schwer, daß er auf dem Transport nach der Charité verstarb. Der Grund zu der Tat war verschmähte Liebe; außerdem scheint Nawrocki darüber erregt gewesen zu sein, daß ihm Frau Rohls seine Bitte um eine größere Geldsumme nicht erfüllt hat.

**Ein unverständliches Urteil.** Die Greifswalder Strafkammer verurteilte den 13jährigen Schulknaben Kroß zu einem Jahr Gefängnis (!!) Der Junge hatte eine Weiche auf einem kleinen Bahnhof umgestellt, „um zu sehen, wie ein Zug entgleist". Der Unfug war aber noch rechtzeitig bemerkt worden.

**Wenn man arm ist.** Ein Schneidermeister aus einem Städtchen des Sauerlandes ist wegen Sittlichkeitsverbrechens von der Siegener Strafkammer mit zwei Jahren Zuchthaus bestraft worden und befindet jetzt aus der Strafanstalt in Kassel, in der er seine Strafe verbüßt, die Wiederaufnahme des Verfahrens, da nach seiner Ansicht ein Hauptbelastungszeuge einen Meineid geleistet hat. Die Voraussetzung eines solchen Wiederaufnahmeverfahrens ist aber die rechtskräftige Verurteilung des Zeugen wegen Meineides. Eine solche zu erreichen, ist jedoch dem Schneidermeister unmöglich. Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt haben die Eröffnung des Verfahrens gegen den Zeugen abgelehnt; den weiteren Weg, eine Entscheidung des Strafsenats des Oberlandesgerichtes in Hamm über die Erhebung der Anklage herbeizuführen, kann der Verurteilte nicht betreten, weil ein dahingehender Antrag von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein muß, er aber einem solchen wegen Mangels an Mitteln die Gebühren nicht entrichten kann. Die Zuordnung eines Rechtsanwaltes von Amtswegen ist nach der Strafprozeßordnung nicht möglich. Eine an den Reichstag gerichtete Petition konnte natürlich nur den Erfolg haben, daß die Petitionskommission beschloß, sie dem Reichskanzler als Material für die Reform der Strafprozeßordnung zu überweisen, womit natürlich dem armen Teufel wenig geholfen ist. — Wie singt doch Heinrich Heine?

Wenn du aber gar nichts hast,
Ach, so lasse dich begraben,
Denn ein Recht zum Leben, Lump,
Haben nur, die etwas haben!

**Liebesdrama.** Mittwoch früh wurden in Bunzlau der Bahnsteigschaffner Brennecke und die Schlossersfrau Späthe im nahen Stadtwalde erschossen aufgefunden. Beide unterhielten seit einiger Zeit ein Liebesverhältnis.

**Das Opfer seines Rettungseifers** wurde der Bahnwärter Fiedler in Thalheim (Erzgebirge). Als er ein vierjähriges Kind, das zwischen den Eisenbahnschienen spielte, glücklich zur Seite riß, wurde er vom Zuge erfaßt und getötet.

**Vom St. Bureaukratius.** Fünf Pfennig Invalidenrente hat monatlich ein pensionierter Gewehrfabrikarbeiter in Erfurt zu beziehen, nachdem ihm seitens der Landes-Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt die Rente gekürzt worden ist und der abgestrichene Betrag dem Bezugsberechtigten von der königl. Feldzeugmeisterei als Pensionsabzug gezahlt wird. Der Mann hat also am 1. jeden Monats eine Quittung über — sage und schreibe — fünf Pfennig auszustellen, diese im Polizeirevier beglaubigen zu lassen und dann im Postgebäude die fünf Pfennig in Empfang zu nehmen. — Und wenn er dann nicht ein Gefühl der Bestiedigtheit empfindet, dann ist ihm eben nicht zu helfen!

**Früh krümmt sich . . . .** Der 16jährige Lehrling Döring, der am 23 April einen Raubmordversuch auf einen etwas jüngeren Kassenboten unternahm, wurde in Duisburg zu acht Jahren Gefängnis verurteilt.

**Schweres Unglück.** In Pellenburg bei Trier stürzte eine Ziegelei ein. 12 Arbeiter wurden verschüttet und teils schwer, teils leicht verletzt.

**Nach Genuß von Schierling** starben in Gerresheim bei Düsseldorf vier Kinder.

**Vom Blitz erschlagen.** Zwischen Calbern und Elmshausen im Kreise Biedenkopf in Hessen schlug der Blitz in eine Gruppe von Holzsammlerinnen und tötete zwei dreizehnjährige Schülerinnen. Einige Frauen wurden schwer verletzt.

**Wahlschweinereien.** Die Darmstädter Strafkammer verhandelte kürzlich gegen den Wirt und Sattler Behelm in Lämmerspiel wegen Vergehens gegen das Wahlgesetz. Er hat am 24 Januar bei der Bürgermeisterwahl den Landwirt Seeger dahin beeinflußt, daß dieser dem nationalliberalen Kandidaten seine Stimme gab. Seeger hat dies auch getan und erhielt dafür nach der Wahl den Betrag von 30 Mark. Die Strafkammer verurteilte den Behelm zu 1 Monat Gefängnis und den verführten Seeger zu 3 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

**Weinpantscher.** Nach sechstägiger Verhandlung wurde der Weinhändler Emil Koppel aus Neustadt an der Hardt wegen Vergehens gegen das Weingesetz und wegen Betruges zu 3 Wochen Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind, und 4000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Ferner wurde die Einziehung des beschlagnahmten Weines verfügt.

**Wieder Einer!** Das Schwurgericht in Karlsruhe verurteilte den Bankier Wilhelm Stössel wegen Unterschlagung, Bilanzverschleierung usw. zu 3 Jahren Gefängnis und seinen Gehülfen Anton Riedmüller wegen Beihülfe zu einem Jahr Gefängnis. Bei beiden kommen je 8 Monate Untersuchungshaft in Anrechnung.

**Ein vierzehnjähriger Mörder.** Der am 16. März 1891 geborene Gärtnerssohn Georg Gotz in München ermordete am 16 Januar d. J. im väterlichen Hause die 26jährige Dienstmagd Therese Bauer durch Erdrosseln. Der junge, kräftig entwickelte Gotz packte im August v. J. das Mädchen auf dem Heuboden, zwang es, ihm zu Willen zu sein und erdrosselte die Hochschwangere am 16. Januar durch eine hinterrücks über sie geworfene Schlinge. Das Motiv zur Tat war die Furcht vor der Entdeckung des Verkehres und vor Bestrafung. In der Verhandlung vor dem Landgericht München II wurde Gotz zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 12 Jahre beantragt.

**Brandunglück.** In Moste in Krain brannten 15 Häuser nieder. Drei Söhne eines Besitzers kamen in den Flammen um.

**Wer trägt die Schuld?** In der höchsten Not ist der frühere Postbote Sergejus Mlynarczyk von dem Wege der Pflicht abgewichen. Unter der Anklage der Unterschlagung im Amte stand er vor der 9. Strafkammer des Berliner Landgerichts. Der 28jährige Angeklagte diente zwei Jahre bei einem Berliner Regiment und trat dann in den Postdienst ein. Zuletzt war er als Briefträger auf dem Hauptpostamt 3 angestellt. Eines Tages wurden bei ihm zwei Briefe vorgefunden, die er sich in rechtswidriger Absicht angeeignet hatte. Diese Briefe hatte der Angeklagte unterschlagen, da er hoffte, Geldbeträge darin zu finden. Die Briefschaften rührten von zwei Soldatenbräuten her, von denen die eine ihrem „Kanonier" zwanzig Zehnpfennigmarken und die andere eine einzelne Marke zur Rückantwort geschickt hatte. Diese geringe Veruntreuung hatte die sofortige Entlassung des Angeklagten und die jetzige Anklage zur Folge. Vor Gericht von dem Vorsitzenden über die Gründe befragt, die ihn zu der Unterschlagung verleitet hatten, erklärte der Angeklagte, er habe in der höchsten Not gehandelt und sich mit den 2 Mark 10 Pf Eßwaren kaufen wollen. In der Hoffnung auf eine Gehaltszulage habe er vor vier Jahren geheiratet. Sein Gehalt von nur 87 Mark und einigen Pfennigen sei jedoch dasselbe geblieben, obwohl er inzwischen Vater von drei Kindern geworden sei. Er habe immer noch in der Hoffnung auf eine Erhöhung seines Gehaltes mit seiner Familie in der dürftigsten Weise gelebt, bis schließlich seine Frau und später seine drei Kinder schwer erkrankten. Not und Entbehrung hätten ihn von diesem Zeitpunkt nicht mehr verlassen, bis er in der höchsten Verzweiflung die Unterschlagung der beiden Briefe begangen habe. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis. Der Gerichtshof berücksichtigte die Notlage des Angeklagten als strafmildernd und erkannte auf vier Monate Gefängnis. — Moralisch gerichtet ist durch diese Verhandlung nicht der arme Postbote, sondern die Kaiserliche Reichspost, die ihren Angestellten so miserabel entlohnte.

### Amtliche Notierungen der Produktenbörse.

Inländisches Getreide. Lübeck, 9. Mai.

Weizen, 125—130 Pfd. holl., Mk. 180—185, Roggen, 120—125 Pfd. Mk. 160—165, Hafer, je nach Qualität Mk. 168—175, Gerste, je nach Qualität Mk. 160—170.

### Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 10. Mai 1906.

Der Schweinehandel verlief lebhafter wie die vorigen Tage.

Zugeführt wurden 682 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Versandschweine: schwere 60 Mk., leichte 60—61 Mk., Sauen 50—54 Mk. und Ferkel 58—60 Mk. pro 100 Pfund.

# Apfelsinen.

Unter Garantie feinste, dünnschalige, vollsaftige

**Messina, große Frucht, Blut Dutzend 90 Pfg., hell, Dutzend 80 Pfg., andere gute Sorten, Dutzend 25, 40, 60, 70, 80, 90 Pfg., 1.—, 1.10 Mk.**

**Kistenweise stets zu Hamburger Engrospreisen.**

**Zitronen in nur Ia. Ware zu billigsten Tagespreisen.**

## Neue canarische Kartoffeln

**das feinste, was es gibt, Pfd. 20 Pfg., 2 Pfd. 35 Pfg.**

Prima gesunde wohlschmeckende **Aepfel** pro Pfund **40** und **45** Pfg.

Ferner **täglich** frisch eintreffendes **junges Gemüse** als:

**Frischen, jungen Spargel zu Tagespreisen.**

**Junge Radies, Kopfsalat, Spinat,** sowie sämtliche **Gemüse billigst.**

**ff. Salatgurken billigst.**

**Frische Landeier**
**10 Stück 60 Pfg.**

**Konserven billigst.** Schnittbohnen 2 Pfd.-Dose 30 Pfg., Brechbohnen 2 Pfd.-Dose 30 Pfg., Erbsen 2 Pfd.-Dose von 55 Pfg. an.

**Ferner empfehle ich als besonders schön und preiswert:**

| | | |
|---|---|---|
| Prima geräucherte Landmettwurst | Pfd. | 1.30—1.40 Mk. |
| „ Landleberwurst | Pfd. | 1.00 Mk. |
| „ geräuch. Landschinken im Ausschnitt | Pfd. | 2.20—2.40 Mk. |
| „ do. im Ganzen | Pfd. | 1.20—1.30 Mk. |

## H. Schwerdtfeger

Lars Jacobsen Nchflg.

En gros. Größtes und billigstes Südfrucht-Geschäft St. Lorenz. En detail.

**Meierstr. 26—26a. Lübeck. Meierstr. 26—26a.**

**Fernruf 654.**

---

# 3

# Ausnahme

Tage für

# Arbeiter-

und Berufs-Garderoben.

**Sonnabend Sonntag Montag**

**Rote Rabattmarken.**

Beachten Sie gefl. unser Schaufenster.

**Billigste Preise. Beste Qualitäten. Größte Auswahl.**

Hamburg. Lederhosen Mk. 1.90, 2.40, 3.20

Maurer- Zimmerer- Schlosser- **Schnitthosen** Mk. 2.20, 2.80, 3.20, 4.30.

Regatta-Hemde 1.25, 1.40, 1.70 Mk.
Barchend-Hemde 75, 82, 98 Pf.
Blaue Jacken 98 Pf., 1.10, 1.30 Mk.
Blaue Hosen 96 Pf., 1.—, 1.20 Mk.
Gestreifte Blusen 80, 96 Pf., 1.— Mk.
Ein Posten Buckskinhosen Mk. 1.90, 2.45, 3.20

## Adolf Renzow

& Co.

**Mühlenstraße 5,**

beim Klingenberg.

---

**F. Bensch, Schuhmacher,**
**Waisenhofstraße 13**

empfiehlt sich zu allen in seinem Fache vorkommenden Arbeiten.

---

**Uhren, Gold- u. Silberwar.**
anerkannt billig bei
**Ernst Gentzen**
Uhrmacher,
Königstraße 62, bei der Schöpf.

---

Die unterzeichneten Barbier- u. Friseurgeschäftsinhaber bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß sie ihre Geschäfte am 2. Pfingsttage geschlossen halten.

P. Schmüser, Ludwigstraße 43.
H. Hoffmann, Schwartauer Allee 99.
F. Möller, „ „ 223a.
G. Boysen, „ „ 71a.
J. Blöß, „ „ 32.
P. Adler, Friedenstraße 50.
J. Lohse, Wickedestraße 48.
W. Niemann, Adlerstraße 48.
H. Eggers, Waisenhofstraße 20.
A. Bühse, Ludwigstraße 72.
E. Rieck, Fackenburger Allee 54.
A. Grewe, „ „ 55a.
C. Mittag, „ „ 32.
Frau Schilke, „ „ 26.
Otto Frauer, Ziegelstraße 14.

---

## Woll-Bössel

**Hüxstr. 37** Laden rechts. **Hüxstr. 37**

**Herren-Buckskin-Jack.-Anzüge**
Mk. 8, 9, 10, 12, 15.

**Herren-Cheviot-Jackett-Anzüge**
Mk. 12, 13.50, 15, 17.50, 20.

**Herren-Kammg.-Jackett-Anzüge**
Mk. 15, 17, 20, 25, 30, 35.

**Herren-Hosen**
Mk. 1.75, 2.50, 3, 4, 5, 6, 8, 9.50.

Filz- und Strohhüte, größte Ausw., neueste Fassons, billigste Preise.

Neu aufgenommen. **Knaben-Anzüge,** größte Auswahl, billigste Preise.

**Laden links:**
Wollgarn u. Trikotagen-Spezial-Geschäft
Ankauf von roher Wolle.
Spinngeld für Wolle Pfd. 50 Pfg.

---

Wasche mit
**Henkel's Bleich-Soda**
überall zu haben

---

## Achtung!

## Schuhwaren-Preise

vergleichen!

**Rote Rabattmarken.**

| | |
|---|---|
| Herren-Schnürschuhe | Mk. 3,75 |
| Herren-Zugstiefel | „ 4,75 |
| Herren-Schnürstiefel | „ 4,90 |
| Damen-Schnürstiefel imit Chevreaux | „ 3,90 |
| Damen-Schnürschuhe, roßledern | „ 3,75 |
| Damen-Spangenschuhe | „ 2,50 |
| Damen-Lastingschuhe | v. 1 Mk. an. |
| Damen-Schnürst., grau, | Mk. 3.50 |
| Herr.-Segeltuchschuhe | v. 2 Mk. an. |
| Kinder-Segeltuchschuhe | „ 1.10 |
| Damen-Segeltuchschuhe | „ 2.50 |
| Plüschpantoffel m. Leders. | „ 0.75 |

Mädchen-Knopfstiefel, rot u. gelb, 27-30 **3.25**, 31-35 **3.75**

Knaben-Agraffenstiefel

| Gr. | 25-26 | 27-30 | 31-35 | 36-39 |
|---|---|---|---|---|
| Mk. | 2.75 | 3.50 | 4.— | 4.85 |

Zu obigen Preisen verkauft

**Ecke Klingenberg, Marlesgrube 2 und 4.**

## Louis Levy

**Soeben eingetroffen:**
Reizende Neuheiten in Damen-Schuhen u. Stiefeln mit Lackspitzen!

---

# Spiegel-

blanke Fußböden erzielt man durch Gebrauch meines **Fußbodenlacks**, in 10—15 Minuten steinhart trocken, sowie durch meine best eingeführten

**Fussboden-Hartglanzöl „Veritas"**
ges. gesch. Nr. 74227.

**Duroleum, Hanföl,**
in 4 bis 6 Stunden trocknend,
**Dielenöl, Voröl, Leinöl, Firniß, Fußbodenbeizen, hochfeine Bronzen,**
in Packeten von 10 Pfennig an.
**Feinste in Oel geriebene Farben** genau nach Muster sofort streichfertig.
**Pinsel — Bürstenwaren, Zement — Kalk — Kreide, Carbolineum, Holz- und Steinkohlenteer, Dachpappen in Rollen**
und meterweise.

Auf alle Waren Rote Rabattmarken.

## St. Lorenz-Drogerie

**Carl Schmidt**
**Lindenstraße 37a**
Ecke Meierstraße.
Fernruf 773.

---

**Arbeiter-Radfahr.-Verein Lübeck.**
Gegründet 1894.

**Tour nach Schwerin**
am Sonntag den 13. Mai.
Abfahrt 5 Uhr morgens vom Burgtor (Polizeiw.).

**Tour nach Bargteheide.**
Abfahrt 12 Uhr mittags vom Vereinshaus.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

**Der Vorstand.**

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt. Verleger: Theodor Schwartz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.